

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **ZUMA** Publikation

Inhalt

Markante Unterschiede in den Verbrauchsstrukturen verschiedener Einkommenspositionen trotz Konvergenz	1
Kriminalitätsfurcht sinkt in Deutschland entgegen dem EU-Trend	6
Aktualisierte Ausgabe des Datenreport 2004	9
Steigende Armut, Polarisierung, Re-Stratifizierung: Eine Trendwende der Ungleichheitsentwicklung in Deutschland? Konferenzbericht	10
Wachsende Gemeinschaftsaktivität und steigendes freiwilliges Engagement	11
Workshopankündigung: ‚Monitoring Social Europe‘: Komparative Soziale Indikatoren und Sozialberichterstattung als Instrumente für Wissenschaft und Politik	15
Taking Forward the EU Social Inclusion Process Konferenzbericht	16

Markante Unterschiede in den Verbrauchsstrukturen verschiedener Einkommenspositionen trotz Konvergenz

Analysen zu Ungleichheit und Strukturwandel des Konsums

Der Konsum von Gütern und Dienstleistungen stellt eine zentrale Quelle für die Wohlfahrt von Personen und Haushalten dar und wird insofern häufig auch als der ultimative Zweck des individuellen wirtschaftlichen Handelns betrachtet, ist aber darüber hinaus auch von großer gesamtwirtschaftlicher Bedeutung. Wie die Menschen ihr Einkommen verwenden und ob sie aus ökonomischer Sicht in ausreichendem Maße konsumieren und konsumieren können, ist gerade gegenwärtig Gegenstand wirtschaftspolitischer Kontroversen. Betrachtet man die Konsumausgaben der privaten Haushalte als Ergebnis von Entscheidungen auf der Basis von Bedarf, Präferenzen und limitierten ökonomischen Ressourcen, manifestieren sich darin unterschiedliche Lebensstile, aber insbesondere auch soziale und ökonomische Ungleichheit. Die mit diesem Beitrag verfolgte Perspektive der Analyse von Verbrauchsmustern und -disparitäten zielt darauf ab, den Ansatz der herkömmlichen, primär auf die Analyse von Einkommensungleichheiten konzentrierten Ungleichheitsforschung durch den Blick auf die Ausgaben- und Verwendungsseite zu ergänzen und zu erweitern. Eine derartige Betrachtungsweise erscheint vor allem deshalb geboten, weil sich Einkommen und Ausgaben nur teilweise entsprechen und daraus Konsequenzen für die Beurteilung des Lebensstandards resultieren. Es bietet sich daher ein Untersuchungsdesign an, das beide Perspektiven kombiniert und – wie in dem vorliegenden Beitrag – die Zusammenhänge zwischen Einkommen und Ausgaben untersucht.

Die hier vorgestellten Analysen orientieren sich primär an drei Fragestellungen:

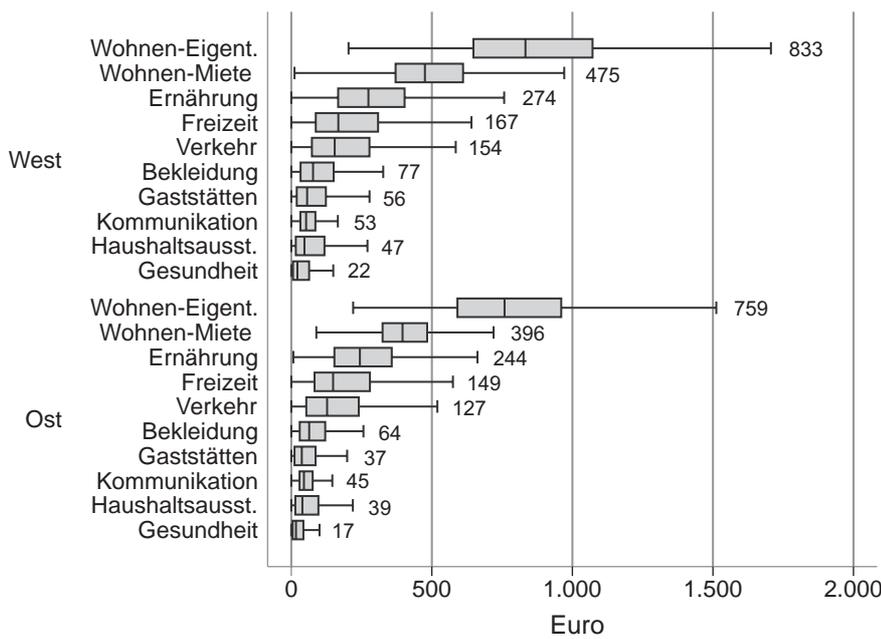
- Wie verändern sich die Strukturen der Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte im Zeitverlauf?
- In welcher Weise unterscheiden sich die Verbrauchsstrukturen von ärmeren und wohlhabenderen Haushalten, und sind dabei Tendenzen der Konvergenz oder Divergenz im Zeitverlauf zu beobachten?
- Wie unterscheiden sich die Verbrauchsstrukturen von west- und ostdeutschen Haushalten, und inwieweit haben sich die ostdeutschen Ausgabenstrukturen an die westdeutschen angepasst?

Unter Konsumausgaben der privaten Haushalte oder dem privatem Verbrauch verstehen wir die Ausgaben der Haushalte für Güter und

Dienstleistungen, die auf dem Markt nachgefragt werden. Niveau und Struktur dieser Ausgaben hängen von verschiedenen – in einem komplexen Zusammenhang stehenden – Faktoren ab: Neben einer Reihe von bedarfsbestimmenden Merkmalen der Struktur und sozialen Lage der Haushalte zählen dazu insbesondere die zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen, aber nicht zuletzt auch Geschmack, Wertorientierungen und Präferenzen der in den Haushalten lebenden Personen.

Die Datengrundlage, die für die nachfolgenden Analysen verwendet wird, sind die Mikrodatenfiles der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) des Statistischen Bundesamtes aus den Jahren 1983, 1993, 1998 sowie dem 1. Halbjahr 2003¹. Für die folgenden Analysen wird die Klassifikation der Verbrauchs-

Grafik 1: Ausgaben der privaten Haushalte nach Ausgabenkategorien 2003 in Euro



Der ausgewiesene Wert stellt jeweils den Median dar.

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 (1. Halbjahr), eigene Berechnungen

ausgaben verwendet, die mit der EVS 1998 im Rahmen internationaler Harmonisierungsmaßnahmen eingeführt wurde (Münnich/Illgen 2000a). Mit Ausnahme von Grafik 2 basieren alle nachfolgend dargestellten Ergebnisse auf eigenen Berechnungen auf der Grundlage der EVS-Mikrodatenfiles.

Wohnkosten größter Ausgabeposten, gefolgt von Ernährung, Freizeit und Mobilität

Als Grundlage für die Untersuchung der Verbrauchsstrukturen betrachten wir zunächst Niveau und Verteilung der nominalen monatlichen Verbrauchsausgaben für west- und ostdeutsche Haushalte in den verschiedenen Ausgabenkategorien anhand von Box-Plots, wie sie in Grafik 1 dargestellt sind. Die Box ist durch das untere Quartil als Begrenzung auf der linken Seite, den Median als Linie innerhalb der Box und das obere Quartil als Begrenzung auf der rechten Seite gekennzeichnet. Liegt der Median in der Mitte der Box, weist dies auf eine symmetrische Verteilung hin. Innerhalb der Box liegt die Hälfte der Beobachtungen, oberhalb und unterhalb der Box jeweils ein Viertel. Die Linien (Whisker) links und rechts der Box weisen maximal das 1,5-fache des oberen und unteren Quartilsabstandes aus und informieren über die Randbereiche der Verteilung. Wie an den Medianwerten abzulesen ist, stellen die Wohnkosten – vor allem für Wohnungseigentümer, aber auch für Mieter – den mit Abstand größten Ausgabeposten dar. Es folgen die Ausgaben für Ernährung, Freizeit und Mobilität. Bereits deutlich unter 100 Euro liegen die durchschnittlichen monatlichen Ausgaben für Bekleidung, gastronomische Dienstleistungen, Haushaltsausstattung, Kommunikation sowie die Aufwendungen für die Gesundheit².

Die Box-Plots verdeutlichen nicht nur die absoluten Ausgabenniveaus für die verschiedenen Konsumzwecke, sondern vermitteln auch einen Eindruck von der enormen Spannweite verschiedener Ausgabenpositionen. Bei den meisten Ausgabenkategorien liegt die linke Begrenzung der Box näher am Median als die rechte, was auf eine rechtsschiefe Verteilung hinweist. In den neuen Bundesländern zeigt sich auf niedrigerem Niveau ein sehr ähnliches Muster wie in Westdeutschland.

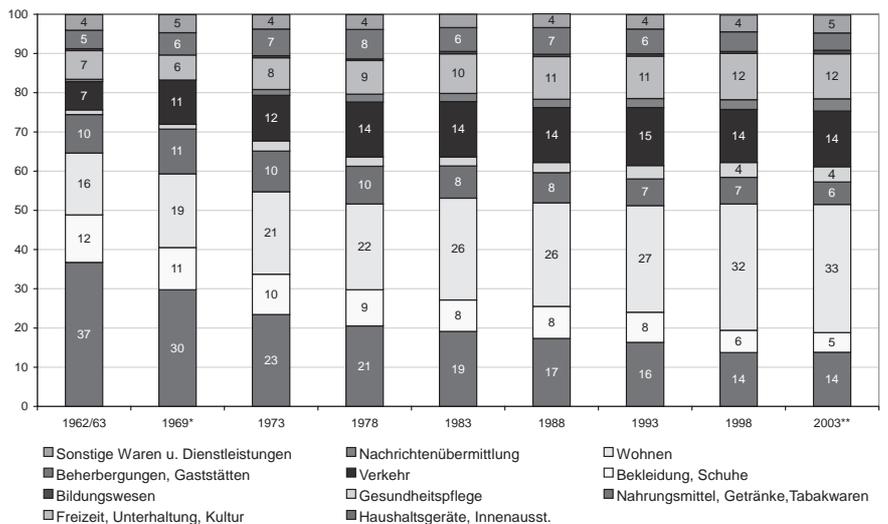
Um den Strukturwandel der Konsumausgaben sowie diesbezügliche gruppenspezifische Unterschiede vergleichend untersuchen zu können, werden im Folgenden die auf einzelne Ausgabenkategorien entfallenden Anteile an den gesamten Verbrauchsausgaben betrachtet. Welche Veränderungen der Konsumstrukturen sind nun im Verlauf der vergangenen vier Jahrzehnte zu beobachten? Grafik 2 präsentiert die Verteilung der Konsumausgaben auf Basis der amtlichen Aggregatdaten³ über die elf unterschiedenen Ausgabenkategorien für den Zeitraum von 1962 bis 2003 in Westdeutschland.

Die zunächst auffälligste Veränderung ist der Rückgang des Budgetanteils, der für Nahrungs- und Genussmittel ausgegeben wird, von 1962 noch 37% auf lediglich 14% im Jahr 2003. Diese Entwicklung entspricht dem sogenannten Engelschen Gesetz, demzufolge Haushalte mit steigendem Einkommen und Lebensstandard geringere Anteile des Haushaltsbudgets für Ernährung ausgeben. Wie aus der Grafik weiter zu erkennen ist, gehen auch die Anteile, die für Bekleidung ausgegeben werden, deutlich zurück, wogegen die Anteile, die auf Wohnausgaben entfallen, beträchtlich gestiegen sind und sich in dem betrachteten Zeitraum mehr als verdoppelt haben⁴.

Sinkende Ausgabenanteile für Ernährung und Bekleidung – steigende Anteile für Wohnen, Freizeit, Mobilität und Kommunikation

Betrachtet man die auf die Grundbedürfnisse Ernährung, Bekleidung und Wohnen entfallenden Ausgaben zusammen, ist der Anteil, der dafür aufgewendet wird, in dem Beobach-

Grafik 2: Ausgaben privater Haushalte in Westdeutschland nach Ausgabenkategorien 1962-2003 in %



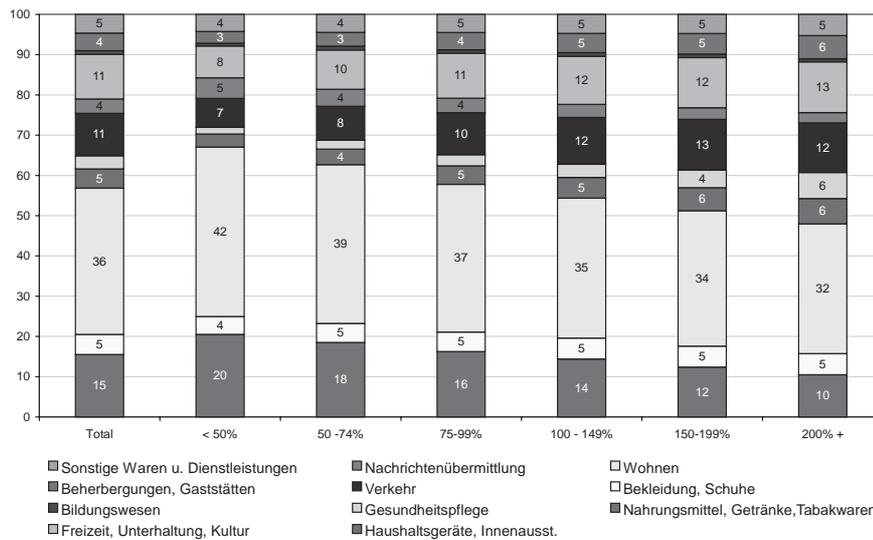
Die in der Legende aufgeführten – spaltenweise zu lesenden – Kategorien erscheinen in den Stäben der Grafik in der gleichen Reihenfolge von oben („Sonstige Waren u. Dienstleistungen“) nach unten („Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren“).

* Werte 1969 für „Verkehr“ und „Nachrichtenübermittlung“ sowie für „Freizeit, Unterhaltung, Kultur“ und „Bildungswesen“ sind jeweils zusammengefasst ausgewiesen.

** Werte für 2003 sind vorläufige Zahlen für das erste Halbjahr.

Datenbasis: Statistisches Bundesamt 2004: 23; 2000: 33; Münnich/Illgen 2000b: 284

Grafik 3: Struktur der Konsumausgaben nach Einkommenspositionen in %. Westdeutschland 2003



Die in der Legende aufgeführten – spaltenweise zu lesenden – Kategorien erscheinen in den Stäben der Grafik in der gleichen Reihenfolge von oben („Sonstige Waren u. Dienstleistungen“) nach unten („Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren“).

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 (1. Halbjahr), eigene Berechnungen

tungszeitraum von rund zwei Drittel auf ca. 50% aller Ausgaben gesunken.

Diese Entwicklung hat insofern wichtige Implikationen nicht nur für den Lebensstandard, sondern auch für die Lebensweise und Ausdifferenzierung von Lebensstilen, als die Haushalte heute im Durchschnitt unter wesentlich geringeren Budgetrestriktionen wirtschaften und über erheblich größere Freiheitsgrade und Optionen für sogenannte diskretionäre Ausgaben verfügen. Erst im Zuge dieser Entwicklung wurden die Voraussetzungen für den Kauf von weniger elementaren Gütern und Dienstleistungen, z.B. für Freizeit, Mobilität und Kommunikation, geschaffen, für die im Laufe der Zeit wachsende Budgetanteile verwendet wurden. Bei genauer Betrachtung wird allerdings deutlich, dass der durch Ausgaben für Ernährung, Bekleidung und Wohnen gebundene Anteil bereits Ende der siebziger Jahre auf einen Anteil von ca. 50% gesunken war und seitdem aufgrund der gestiegenen Wohnausgaben auf diesem Niveau verharrt.

Neben dem langfristigen Wandel der Struktur der Haushaltsausgaben stellt sich die Frage, wie sich die Struktur der Konsumausgaben zwischen den Haushalten mit höheren und niedrigeren Einkommen unterscheidet, d.h. ob und wie sich die Ungleichheit der Einkommen in Ungleichheiten der Ausgabenstrukturen niederschlägt. Dazu werden sechs – auf der Basis der äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommen gebildete⁵ – relative Einkommenspositionen unterschieden: von unter 50% des Medians als der ärmsten bis 200% und mehr des Medians als der wohlhabendsten Gruppe.

Untere Einkommensgruppen geben zwei Drittel ihres Budgets für Grundbedürfnisse aus

Bei der Betrachtung der auf die verschiedenen Einkommenspositionen entfallenden Ausgabenanteile fällt zunächst auf, dass die unteren Einkommensgruppen erheblich größere Teile ihres Budgets für Grundbedürfnisse ausgeben als die höheren (Grafik 3). Während die armen Haushalte mit einem Nettoeinkommen von weniger als 50% des Medians auch 2003 in Westdeutschland noch 20% ihrer Ausgaben für die Ernährung aufwenden, geben die wohlhabenden dafür lediglich 10% aus; und während die Armen nicht weniger als 42% für Wohnzwecke ausgeben, sind es bei den Beziehern hoher Einkommen nur 32%⁶.

Betrachtet man die drei Grundbedürfnisse Ernährung, Wohnen und Bekleidung zusammen, machen diese Ausgaben bei den einkommensschwächsten Haushalten noch zwei Drittel des gesamten Verbrauchs aus, gegenüber weniger als der Hälfte bei den wohlhabendsten Haushalten. Dagegen geben die einkommensstärksten Haushalte deutlich höhere Anteile ihrer Konsumausgaben für Waren und Dienstleistungen in den Bereichen Haushaltsausstattung, Verkehr, Gesundheitspflege, Freizeit sowie in der Gastronomie aus. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die absoluten Differenzen noch wesentlich größer sind als die hier betrachteten Ausgabenanteile⁷.

Höherer Ausgabenanteil für Kommunikation in einkommensschwachen Haushalten

Bemerkenswert ist zudem, dass der Ausgabenanteil für Kommunikation – ähnlich wie der für Ernährung und Wohnen – mit steigendem

Einkommen nicht zu-, sondern abnimmt. Das deutet darauf hin, dass Kommunikation bzw. Nachrichtenübermittlung in der modernen – in hohem Maße durch elektronische Medien und Kommunikationstechnologien geprägten – Gesellschaft den Status eines Grundbedürfnisses angenommen hat und entsprechende Ausgaben insofern bei niedrigen Einkommen nur in Grenzen dem verfügbaren Budget angepasst werden. In Ostdeutschland sind die Zusammenhänge und auch das Ausmaß der Ungleichheit zwischen den Einkommenspositionen sehr ähnlich wie in Westdeutschland; auf eine separate Darstellung wird daher verzichtet.

Angesichts der nach wie vor beachtlichen Differenzen in der Konsumstruktur, die zwischen ärmeren und wohlhabenderen Haushalten zu beobachten sind, stellt sich die Frage, inwieweit die einkommensbasierten Unterschiede in der Struktur der Verbrauchsausgaben im Zeitverlauf zu- oder abgenommen haben, bzw. ob Tendenzen einer Konvergenz oder Divergenz festzustellen sind. Um diese Frage empirisch beantworten zu können, wurden die EVS-Erhebungen von 1983 bis 2003 in einen gepoolten Datensatz überführt und anhand von Regressions-schätzungen für die einzelnen Ausgabenkategorien Parameter zu Veränderungen über die Zeit ermittelt. Neben den sechs unterschiedenen Einkommenspositionen wurden das Alter der Bezugsperson im Haushalt, Haushalts- und Familientyp sowie die Wohnortgröße kontrolliert. Die Ergebnisse können an dieser Stelle nur exemplarisch dargestellt werden, deuten aber insgesamt auf eine ausgeprägte Konvergenz der Ausgabenstrukturen zwischen den Einkommenspositionen hin.

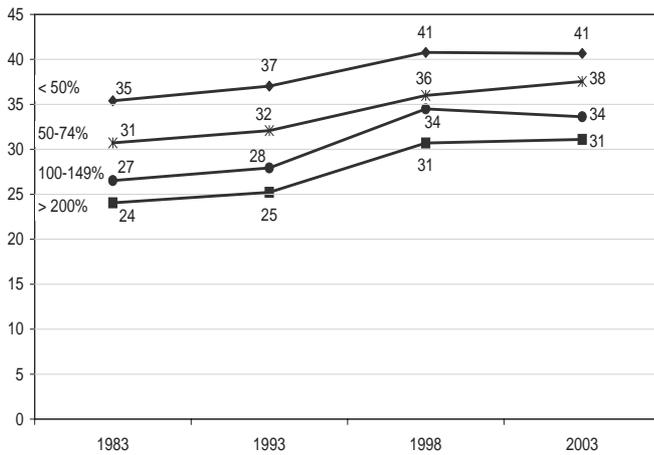
Trotz Konvergenz der Verbrauchsmuster zwischen den Einkommenspositionen verbleiben markante Unterschiede

Grafik 4a stellt für die westdeutschen Haushalte dar, wie sich die Ausgabenanteile für Wohnzwecke – unter Kontrolle der o.g. Strukturvariablen – in den einzelnen Einkommenspositionen über die Zeit entwickelt haben. Dabei wird deutlich, dass der auf die Wohnung entfallende Budgetanteil in dem Zeitraum zwischen 1983 und 1998 zunächst in allen Einkommensgruppen progressiv gestiegen ist. Danach bleibt der Anteil – mit Ausnahme der Gruppe der Haushalte mit einem Äquivalenzeinkommen von 50-74% des Medianeinkommens, für die ein weiterer Anstieg zu beobachten ist – weitgehend konstant.

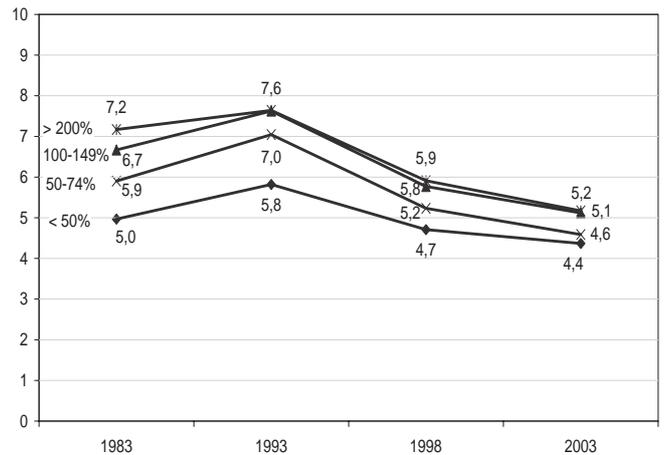
Betrachtet man als ein weiteres Beispiel die Ausgaben für Bekleidung (Grafik 4b), so sind zunächst – für den Zeitraum von 1983 bis 1993 – in allen Einkommenspositionen steigende Ausgabenanteile zu beobachten, danach deutliche Rückgänge, in den hohen Einkommenspositionen stärker als in den unteren.

Auch wenn – von einigen spezifischen Entwicklungen in Richtung Divergenz abgesehen – Tendenzen einer Konvergenz der Verbrauchsmuster zwischen den Einkommenspo-

Grafik 4a: Ausgabenanteile für Wohnen nach Einkommenspositionen in %. Westdeutschland



Grafik 4b: Ausgabenanteile für Bekleidung nach Einkommenspositionen in %. Westdeutschland



Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe der Jahre 1983, 1993, 1998, 2003 (1. Halbjahr), eigene Berechnungen

sitionen deutlich vorherrschen, bleiben markante Unterschiede in der Ausgabenstruktur bestehen. Zudem scheint die Entwicklung in Richtung Konvergenz seit dem Ende der 1990er Jahre überwiegend zum Stillstand gekommen zu sein, was darauf schließen lässt, dass einer weitergehenden Angleichung der Verbrauchsmuster zwischen den Einkommenspositionen anscheinend Grenzen gesteckt sind.

Abschließend soll noch kurz auf die eingangs aufgeworfene Frage eingegangen werden, ob und wie sich die Strukturen der Konsumausgaben in Ost- und Westdeutschland unterscheiden und welche Entwicklungen dabei zu beobachten sind.

Grafik 5 vergleicht die Struktur der Verbrauchsausgaben in West- und Ostdeutschland für die Jahre 1993, 1998 und 2003. Wie daraus zu er-

sehen ist, waren sich die Strukturen bereits drei Jahre nach der Wiedervereinigung ganz erstaunlich ähnlich. Die auffälligsten Unterschiede betreffen die Anteile der Ausgaben für Ernährung und insbesondere für Wohnen. Die Ursachen dafür liegen vermutlich einerseits in den durchschnittlich niedrigeren Einkommen und andererseits darin, dass die Wohnkosten damals in Ostdeutschland noch sehr viel niedriger waren als in Westdeutschland. In den Folgejahren haben sich die Ausgabenstrukturen in Ostdeutschland den westdeutschen Verhältnissen weiter angenähert, bei nur noch wenigen verbleibenden Differenzen⁸.

Schnelle Angleichung der Verbrauchsstrukturen in Ostdeutschland

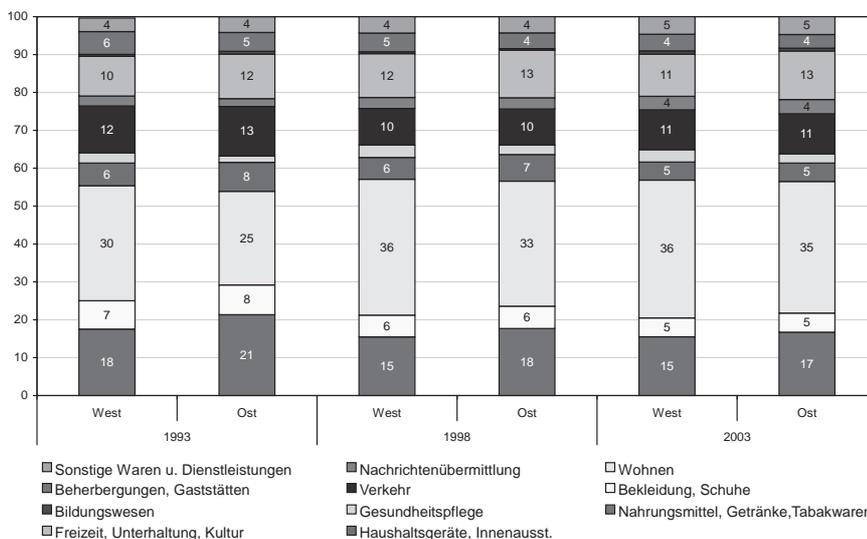
Mithilfe von Regressionsanalysen wurde untersucht, wie die Anpassungsprozesse unter

Kontrolle des Alters der Bezugsperson im Haushalt, des Haushalts- bzw. Familientyps sowie der Wohnortgröße für die unterschiedlichen Einkommensgruppen im einzelnen verlaufen sind. Grafik 6a stellt die Ergebnisse exemplarisch für die Entwicklung der Anteile der Wohnausgaben dar.

In der untersten Einkommensposition ist der Anteil der Wohnausgaben zwischen 1993 und 2003 in Ostdeutschland von zunächst 29 auf 41% – also exakt das westdeutsche Niveau – gestiegen. In der höchsten Einkommensposition geben die ostdeutschen Haushalte mittlerweile sogar einen höheren Anteil ihrer Ausgaben für Wohnzwecke aus als die westdeutschen Haushalte. In der Entwicklung der Ausgaben für Haushaltsgeräte und Innenausstattungsgüter (Grafik 6b) schlägt sich der zu Beginn der neunziger Jahre noch erhebliche Nachholbedarf der ostdeutschen Haushalte nieder. Ostdeutsche Haushalte mit einem Einkommen von 200% und mehr gaben sowohl 1993 als auch 1998 höhere Anteile ihrer Ausgaben für Haushaltsgeräte und Innenausstattung aus als die entsprechenden westdeutschen Haushalte. Danach haben sich die Ausgabenanteile an das westdeutsche Niveau angepasst. In der Gruppe der einkommensarmen Haushalte übersteigt der ostdeutsche Wert für diese Ausgabenkategorie insbesondere 1998 den westdeutschen Wert und ist danach wieder auf das westdeutsche Niveau gesunken.

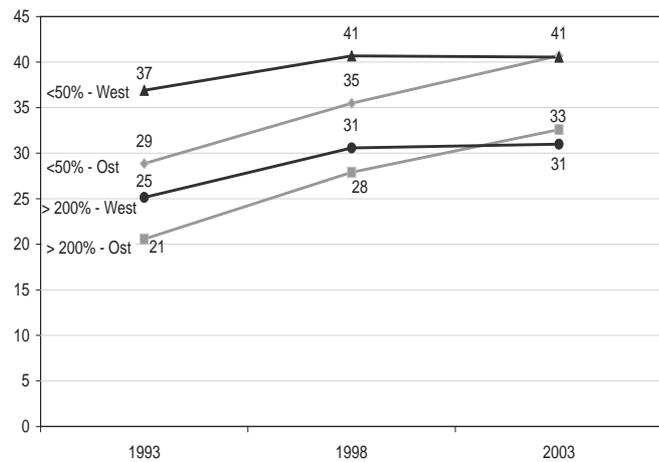
Betrachtet man die hier präsentierten Befunde im Lichte der eingangs aufgeworfenen Fragestellungen, so ist zunächst festzustellen, dass die Ausgaben für Ernährung, Bekleidung und Haushaltsausstattung mit steigendem Wohlstand und im Zuge des sozialstrukturellen Wandels unterproportional und Ausgaben für Wohnen, Verkehr, Kommunikation und Freizeit überproportional zugenommen haben. Trotz der beobachteten Tendenzen einer Konvergenz der Konsumstrukturen zwischen Einkommenspositionen im Zeitverlauf bleiben erhebliche Differenzen zwischen ärmeren und wohlhabenderen Haushalten bestehen. Dabei ist gerade vor dem Hintergrund der aktuellen

Grafik 5: Struktur der Konsumausgaben in %. West- und Ostdeutschland 1993-2003

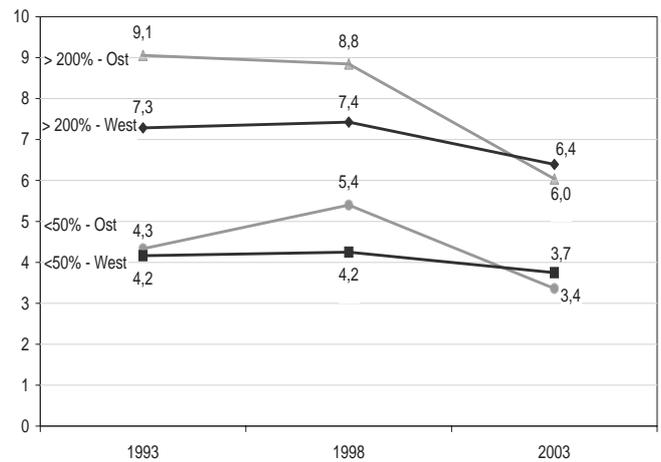


Die in der Legende aufgeführten – spaltenweise zu lesenden – Kategorien erscheinen in den Stäben der Grafik in der gleichen Reihenfolge von oben („Sonstige Waren u. Dienstleistungen“) nach unten („Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren“).

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe der Jahre 1993, 1998, 2003 (1. Halbjahr), eigene Berechnungen

Grafik 6a: Ausgabenanteile für Wohnen nach Einkommenspositionen in %. West- und Ostdeutschland

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe der Jahre 1993, 1998, 2003 (1. Halbjahr), eigene Berechnungen

Grafik 6b: Ausgabenanteile für Haushaltsausstattung nach Einkommenspositionen in %. West- und Ostdeutschland

Diskussionen über eine Konsumzurückhaltung der privaten Haushalte festzustellen, dass die Freiheitsgrade bei den einkommensschwachen Haushalten sehr gering sind. Starke Konvergenzprozesse haben zudem dazu geführt, dass sich die Ausgabenstrukturen der ostdeutschen Haushalte inzwischen weitgehend an die in Westdeutschland zu beobachtenden Strukturen angeglichen haben und nur noch geringe Ost-West-Differenzen verbleiben. Allerdings sind die zwischen west- und ostdeutschen Haushalten zu beobachtenden Unterschiede im Niveau der Verbrauchsausgaben immer noch beachtlich.

- 1 Bei der EVS handelt es sich um eine Quotenstichprobe von ca. 2% der privaten Haushalte; die Größe der Stichprobe, die den hier vorgestellten Analysen zugrunde liegt, beträgt dementsprechend z.B. für 1998 ca. 50.000 und für das erste Halbjahr 2003 26.000 Haushalte. Seit 1993 sind auch Haushalte mit ausländischen Bezugspersonen in die Erhebung einbezogen. Zu beachten ist dabei, dass die Stichprobe auf Haushalte mit einem monatlichen Einkommen von bis zu 25.000 DM im Jahr 1983 sowie 35.000 DM in den Jahren 1993 und 1998 bzw. 18.000 € 2003 beschränkt ist. Das bedeutet, dass die EVS zwar auch Personengruppen mit hohen, nicht aber extrem hohen Einkommen erfasst.
- 2 Beiträge für die Krankenversicherung werden in dieser Ausgabenkategorie nicht berücksichtigt.
- 3 Die in Grafik 2 ausgewiesenen Anteilswerte wurden auf der Grundlage der Ausgaben-summe sämtlicher Haushalte berechnet. Dagegen beruhen alle in den nachfolgenden Grafiken dargestellten Werte auf den auf der Ebene der individuellen Haushalte berechneten Anteile an den gesamten Haushaltsausgaben.
- 4 Damit waren allerdings auch enorme Verbesserungen der Wohnqualität verbunden. Vgl. dazu die Wohnungsindikatoren des Systems Sozialer Indikatoren für Deutschland: <http://www.gesis.org/Sozialindikatoren/Daten/index.htm>

- 5 Die Äquivalenzgewichtung wird anhand der modifizierten OECD-Skala vorgenommen: 1. Person im Haushalt „1“, weitere Personen bis 14 Jahre „0,3“, weitere Personen über 14 Jahre „0,5“.
- 6 Der für die Wohnausgaben beobachtete Zusammenhang steht im Einklang mit dem sogenannten Schwabeschen Gesetz, demzufolge die Höhe der Wohnausgaben mit steigendem Einkommen abnimmt. Anders als das Engelsche Gesetz gilt dieser Zusammenhang jedoch nicht in der Längsschnittbetrachtung, d.h. mit steigendem Wohlstand der Haushalte nimmt der Anteil der Wohnungsausgaben im Zeitverlauf nicht ab, sondern zu.
- 7 Den hier unterschiedenen Einkommenspositionen entsprechen ausgeprägte Unterschiede in den Konsumniveaus: Während sich die nominalen monatlichen Verbrauchsausgaben der westdeutschen Haushalte in der niedrigsten Einkommensposition 2003 auf 1024 € (Ostdeutschland: 807 €) beliefen, betragen sie in der höchsten Einkommensposition 3784 € (Ostdeutschland: 3250 €). Berücksichtigt man unterschiedliche Haushaltszusammensetzungen durch Äquivalenzgewichtung (neue OECD-Skala), so beträgt das Verhältnis der Konsumausgaben zwischen der niedrigsten und der höchsten Einkommensposition sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern ca. eins zu drei.
- 8 Allerdings sind die zwischen west- und ostdeutschen Haushalten zu beobachtenden Niveauunterschiede in den Verbrauchsausgaben nach wie vor beachtlich. Die durchschnittlichen monatlichen Ausgaben für den privaten Verbrauch betragen im Jahr 2003 pro Haushalt 2200 € in Westdeutschland und rund 1800 € in Ostdeutschland, d.h. die Ausgaben der ostdeutschen Haushalte erreichen gegenwärtig im Durchschnitt 82% des westdeutschen Niveaus (Noll/Weick 2005: 4).

Münnich, Margot, Illgen Monika, 2000a: Einkommen und Einnahmen privater Haushalte in Deutschland. S. 125-137 in: Statisti-

sches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 2/2000.

Münnich, Margot, Illgen, Monika, 2000b: Zur Höhe und Struktur der Ausgaben privater Haushalte in Deutschland. S. 281-284 in: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 4/2000.

Noll, Heinz-Herbert, Weick, Stefan, 2005: Relative Armut und Konzentration der Einkommen deutlich gestiegen. Indikatoren und Analysen zur Entwicklung der Ungleichheit von Einkommen und Ausgaben. Informationsdienst Soziale Indikatoren 33: 1-6.

Statistisches Bundesamt (Hg.), 2000: Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. Fachserie 15 Heft 7.

Statistisches Bundesamt (Hg.), 2002: Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Aufgabe, Methode und Durchführung der EVS 1998. Fachserie 15 Heft 7.

Statistisches Bundesamt (Hg.), 2004: Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Ausgewählte Ergebnisse zu den Einkommen und Ausgaben privater Haushalte. 1. Halbjahr 2003.

Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick, ZUMA

Tel.: 0621/1246-241 und -245
noll@zuma-mannheim.de
weick@zuma-mannheim.de

Kriminalitätsfurcht sinkt in Deutschland entgegen dem EU-Trend

Zur Wahrnehmung und Bewertung der Kriminalität

Die öffentliche Sicherheit und der Schutz vor Kriminalität besitzen in den meisten Ländern der EU einen hohen gesellschaftlichen und politischen Stellenwert. Während die Sicherheitslage ursprünglich vor allem anhand von Zahlen über Straftaten und Opfer beurteilt wurde, haben subjektive Indikatoren des Sicherheitsgefühls zunehmend stärker Berücksichtigung gefunden. Das Gefühl individueller Betroffenheit, die Sorge über die Kriminalitätsentwicklung im eigenen Lande und die Unzufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit schränken – unabhängig von den tatsächlichen persönlichen Kriminalitätsrisiken – das subjektive Wohlbefinden ein. Während es auf nationaler Ebene bereits eine Reihe von Studien gibt, die sich mit subjektiven Indikatoren der öffentlichen Sicherheit beschäftigen, sind internationale Vergleichsstudien bisher selten. Vor diesem Hintergrund wird im folgenden Beitrag nicht nur der Frage nachgegangen, ob und wie sich das Sicherheitsgefühl der Deutschen im zeitlichen Längsschnitt verändert hat, sondern auch wie sich deren Ausmaß in anderen europäischen Ländern darstellt. Als Datenbasis für die Beschreibung des langfristigen Verlaufs dienen für Deutschland verschiedene repräsentative Bevölkerungsumfragen. Für den internationalen Vergleich werden Daten des Eurobarometer verwendet.

Die Einstellungen in der Bevölkerung zur öffentlichen Sicherheit sind eng mit kriminalitätsbezogenen Problemwahrnehmungen und Bewertungen verknüpft. Nachfolgend wird zwischen dem Gefühl der persönlichen Bedrohtheit und der Wahrnehmung von Kriminalität als gesellschaftliches Problem unterschieden. Unter persönlicher Bedrohtheit subsumieren sich Fragen darüber, inwieweit sich der einzelne Bürger vor Kriminalität fürchtet (Kriminalitätsfurcht) und wie hoch er das Risiko einschätzt, selbst Opfer einer Straftat zu werden (Viktimisierungserwartung). Wird Kriminalität dagegen als gesellschaftliche Bedrohung wahrgenommen, handelt es sich primär um Einschätzungen über die allgemeine Kriminalitätsentwicklung (Kriminalitätssorgen)¹. Von diesen Aspekten ist die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit und der Kriminalitätsbekämpfung zu unterscheiden. Anders als die Wahrnehmung von Kriminalität als persönliche oder gesellschaftliche Bedrohung bezieht dieser Indikator darauf, inwieweit die Bürger mit den Maßnahmen, die dem Erhalt der öffentlichen Sicherheit dienen, zufrieden sind.

Die längsten Zeitreihen der genannten Indikatoren in Deutschland erfassen die Wahrnehmung der Kriminalität als gesellschaftliches Problem. Umfragen des Allensbacher Instituts für Demoskopie verdeutlichen einen Rückgang bei den Sorgen über die Kriminalitätsentwicklung in Deutschland seit 1970, dem Beginn des statistisch überblickbaren Zeitraumes, bis Mitte der 80er Jahre. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre bis etwa Mitte der 90er Jahre wird die Kriminalitätsentwicklung zunehmend sorgenvoll betrachtet (Grafik 1). Zwischen Anfang und Mitte der 90er Jahre steigt nicht nur die Einschätzung in der Bevölkerung, dass Kriminalität eine ge-

sellschaftliche Bedrohung darstellt. Auch die eigene Furcht vor Kriminalität und die persönlichen Opferisiken nehmen zu². Außerdem sinkt in dieser Zeit die durchschnittliche Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit und der Kriminalitätsbekämpfung. Dies bestätigen Umfragen des Mannheimer Instituts für praxisorientierte Sozialforschung (IPOS) sowie der Wohlfahrtssurvey (Grafik 2).

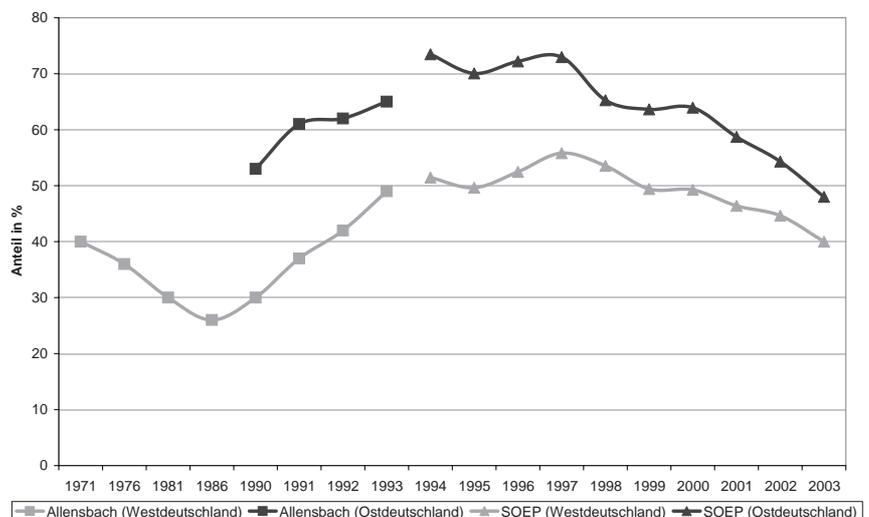
Zufriedenheit im Bereich der öffentlichen Sicherheit in Deutschland gestiegen

Seit Mitte der 90er Jahre sind sowohl die allgemeine Besorgnis über die Kriminalitätsentwicklung in Deutschland als auch die persönliche Furcht und die Erwartung, Opfer einer Straftat zu werden, zurückgegangen. Die Daten des Sozio-ökonomischen Panels verdeutlichen diesen Trend: Sorgen sich im Jahre 1997 in den SOEP-Befragungen noch über 60% der Befragten über die Kriminalitätsentwicklung in Deutschland, so waren es 2003 noch 42% (Grafik 1).

Parallel zum Rückgang in der wahrgenommenen persönlichen Kriminalitätsbedrohung und der abnehmenden Besorgnis über die nationale Kriminalitätsentwicklung steigt in Deutschland die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit und der Kriminalitätsbekämpfung. Im Wohlfahrtssurvey des Jahres 2001 waren 70% mit der öffentlichen Sicherheit zufrieden. 1993 lag der Anteil der Zufriedenen dagegen noch bei 43%. Auch in den neuen Bundesländern sind die Bürger zunehmend mit der öffentlichen Sicherheit zufrieden. Zwischen 1993 und 2001 stieg der Anteil der Zufriedenen in diesem Bereich von 22 auf 55% (Grafik 2).

Sucht man nach Erklärungen für Veränderungen im Sicherheitsgefühl, so stellt sich zunächst einmal die Frage, inwieweit Änderungen des subjektiven Kriminalitätsempfindens mit der tatsächlichen Entwicklung von Kriminalitätsrisiken übereinstimmen. Für die ersten Jahre nach der Wiedervereinigung sind Parallelen deutlich erkennbar: Insbesondere in Ostdeutschland geht das sinkende Sicherheitsgefühl mit

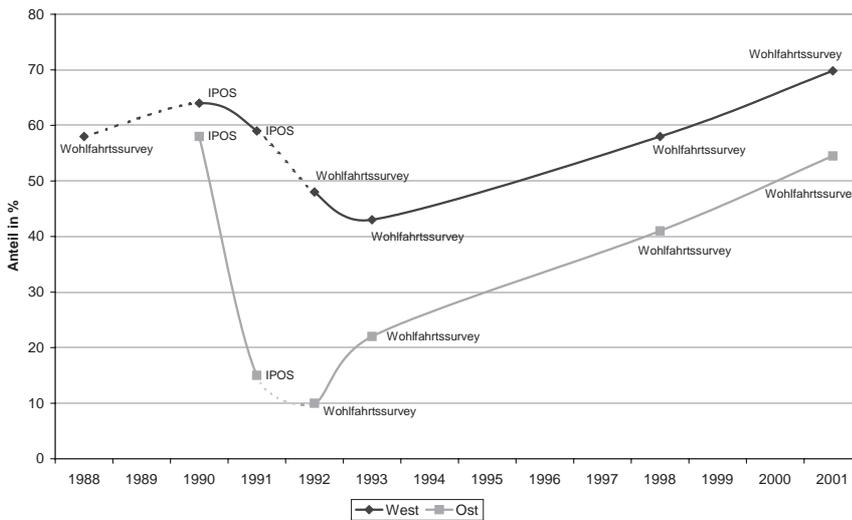
Grafik 1: Kriminalitätssorgen in Deutschland 1971-2003



Datenbasis: Institut für Demoskopie Allensbach; SOEP – eigene Berechnungen.

Verwendete Indikatoren: (1) Allensbach: „Darüber sind die Deutschen sehr besorgt: Dass die Kriminalität in Deutschland immer stärker wird.“ Antwort: trifft zu/trifft nicht zu. Dargestellt: Prozentanteil „trifft zu“. (2) SOEP: „Wie ist es mit den folgenden Gebieten – machen Sie sich da Sorgen? Über die Entwicklung der Kriminalität in Deutschland.“ Antwort: große/einige/keine Sorgen. Dargestellt: Prozentanteil „große Sorgen“.

Grafik 2: Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit und der Kriminalitätsbekämpfung in Deutschland 1988-2001



Datenbasis: IPOS; Wohlfahrtssurvey – eigene Berechnungen.

Verwendete Indikatoren: (1) IPOS: „Sind Sie mit dem Schutz der Bürger vor Kriminalität sehr zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?“ Dargestellt: Prozentanteil „eher zufrieden“ und „sehr zufrieden“. (2) Wohlfahrtssurvey: „Wie zufrieden sind Sie – alles in allem – mit der öffentlichen Sicherheit und der Bekämpfung der Kriminalität?“ Dargestellt: Prozentanteil der Kategorien 6-10 auf einer Skala von 0-10 (0 bedeutet ganz und gar unzufrieden, 10 bedeutet ganz und gar zufrieden).

steigenden Kriminalitätszahlen einher³. Angesichts der bis dahin geringen Erfahrungen mit Kriminalität und der Umbruchsituation in Ostdeutschland ist nachvollziehbar, dass das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung von der Kriminalitätslage beeinflusst wurde. Hinzu kommt, dass die damals zu beobachtenden Kriminalitätsanstiege, insbesondere der registrierten Gewaltkriminalität, in den Medien in wesentlich dramatischerer Weise dargestellt wurden als noch Jahre zuvor⁴. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre verlaufen die Entwicklungen im Sicherheitsgefühl und in den Kriminalitätsrisiken in Deutschland weniger parallel. Während das Sicherheitsgefühl in Deutschland steigt, gehen die Kriminalitätsrisiken, gemessen an den polizeilich registrierten Straftaten pro 100.000 Einwohner, nur in Ostdeutschland etwas zurück, wobei sich der Rückgang vor allem auf Diebstahldelikte bezieht. Für die ungleich schwerer wiegende Gewaltkriminalität gibt es Ende der 90er Jahre weder anhand der amtlich registrierten Straftaten noch der wenigen einschlägigen Befragungen im Dunkelfeld Anzeichen für einen Rückgang.

Kriminalitätsfurcht in Deutschland liegt unter dem EU-15-Durchschnitt

In welchem Ausmaß unterscheiden sich die Länder der Europäischen Union hinsichtlich des Sicherheitsgefühls? Im Eurobarometer wurden die Bürger der EU-15-Mitgliedsstaaten zwischen 1996 und 2002 zu drei verschiedenen Untersuchungszeitpunkten gefragt, wie sicher sie sich fühlen, „wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit allein zu Fuß in der Gegend unterwegs sind, in der Sie wohnen“. Auch die Daten des Eurobarometer belegen einen Anstieg im

Sicherheitsgefühl in Deutschland. Im Jahre 1996 gaben 39% der befragten Deutschen an, sich etwas oder sehr unsicher zu fühlen (Grafik 3). Damit war das Unsicherheitsgefühl in Deutschland in der damaligen EU am höchsten. Im Jahre 2002 waren noch 33% der Deutschen besorgt. Die sinkende Furcht in Deutschland ist vor allem in Ostdeutschland zu beobachten. Hier ging die Kriminalitätsfurcht zwischen 1996 und 2002 von 60% auf 36% signifikant zurück.

Im Vergleich zu den untersuchten europäischen Ländern nimmt Westdeutschland im Jahre 2002 eine mittlere Position ein, während das Unsicherheitsniveau in Ostdeutschland leicht über dem EU-Durchschnitt von 35% liegt. Insgesamt hat die Kriminalitätsfurcht in der EU entgegen dem Trend in Deutschland zwischen 1996 und 2002 zugenommen⁵. Die stärksten Anstiege und die höchsten Furchtwerte sind dabei in Griechenland und Italien sowie in Großbritannien und Nordirland (Vereinigtes Königreich) zu beobachten. Trotz Zunahmen finden sich in den skandinavischen Ländern (Dänemark, Finnland und Schweden) sowie in Österreich weiterhin die niedrigsten Kriminalitätsfurchtwerte. Insgesamt zeigt der Ländervergleich deutliche Unterschiede in der Kriminalitätsfurcht. Mittelwertanalysen und Regressionsanalysen unter Kontrolle soziodemographischer Variablen (Geschlecht und Alter) ergeben für die Länder mit den niedrigsten und höchsten Kriminalitätsfurchtwerten signifikante Unterschiede.

Deutschland mit niedrigster Viktimisierungserwartung in der EU-15

Neben der Frage, wie sicher sich die Menschen fühlen, wenn sie nach Einbruch der Dunkelheit

allein zu Fuß in der Wohngegend unterwegs sind, wurden im Eurobarometer 58.0 (2002) auch Fragen zum persönlichen Opferisiko erhoben.

Während das Unsicherheitsgefühl in Bezug auf das eigene Wohnviertel stärker eine affektiv-emotionale Dimension abbildet, enthält die Frage nach der Einschätzung des persönlichen Opferrisikos einen kognitiven Aspekt von Unsicherheit. Beide Indikatoren stehen in enger Verbindung zueinander, wie Zusammenhangsanalysen bestätigen.

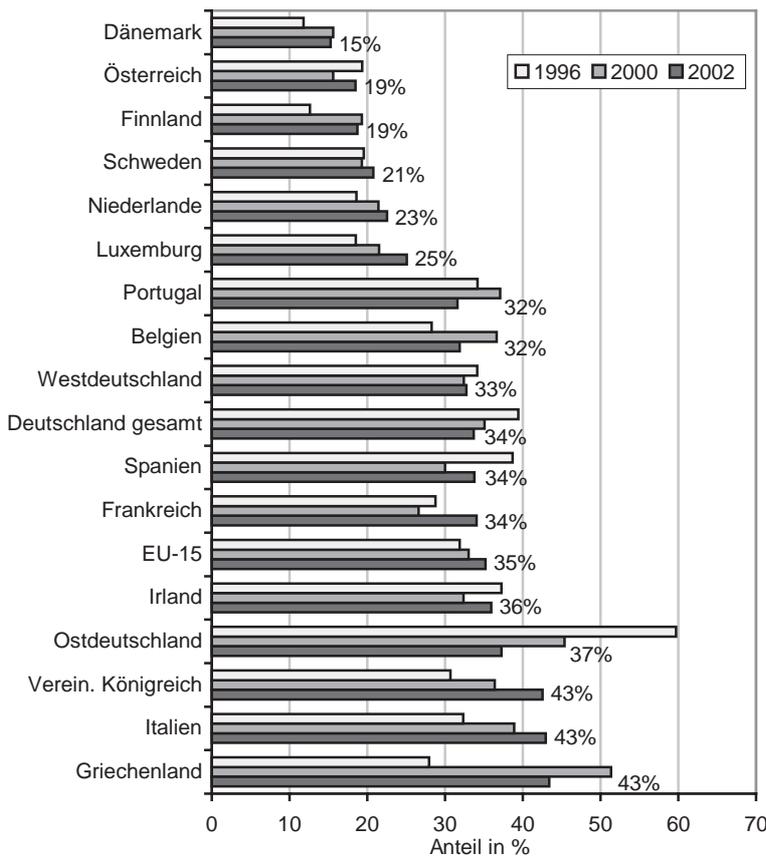
Grafik 4 zeigt, dass das persönliche Viktimisierungsrisiko für Diebstahl-, Einbruch- und Raubdelikte sowohl in West- als auch in Ostdeutschland im EU-Vergleich am geringsten bewertet wird. So sahen im Jahre 2002 gerade einmal 10% der Deutschen ein Risiko, in den nächsten 12 Monaten Opfer eines Raubes zu werden, während der Durchschnittswert in der EU bei 29% lag. Die Erwartung, Opfer der genannten Straftaten zu werden, ist in Griechenland – zugleich das Land mit der höchsten Kriminalitätsfurcht – am höchsten.

Von den vier dargestellten Delikten halten die EU-Bürger das Risiko, in den nächsten 12 Monaten Opfer eines Diebstahls zu werden, für das wahrscheinlichste: 29% der Befragten bejahten diese Frage. Das Risiko, Opfer von schwerwiegenderen Delikten wie Raub und Körperverletzung zu werden, wird zwar am geringsten eingeschätzt. Sie liegen mit knapp 24% aber deutlich über den tatsächlichen Opferisiken⁶.

Kriminalitätsfurcht generell bei Frauen und älteren Menschen höher

Mit Hilfe der Eurobarometerdaten für 2002 lassen sich Erklärungsfaktoren für Kriminalitätsfurcht identifizieren. Der Einfluss von Geschlecht, Urbanisierungsgrad und Alter wird anhand von Regressionen für die Länder der Europäischen Union (EU-15) ermittelt. Tabelle 1 zeigt die Effekte, die diese Variablen in den verschiedenen Ländern haben. Betrachtet man zunächst das Muster der Erklärungsfaktoren allgemein, zeigt sich ein großes Gewicht für die Geschlechtervariable. Frauen fühlen sich deutlich unsicherer als Männer. Zudem ist die Kriminalitätsfurcht bei den älteren Menschen (über 65 Jahre) deutlich erhöht. Die Kriminalitätsfurcht nimmt mit dem Alter jedoch nicht linear zu. Zum Teil ist auch bei den jüngeren Menschen (15-24 Jahre) die Kriminalitätsfurcht erhöht. In allen untersuchten Ländern besteht danach das Paradox, dass diese Personengruppen sich am unsichersten fühlen, obwohl sie faktisch am seltensten Opfer von Straftaten werden⁷. Die höhere Furcht bei Frauen und bei älteren Menschen wird dadurch erklärt, dass beide Personengruppen sich im Falle einer Opferwerdung verletzbarer fühlen und ihre Möglichkeiten zur Bewältigung von Gefahren als gering einschätzen. Im Gegensatz zur Erklärung der Furcht bei älteren Menschen wird die höhere Kriminalitätsfurcht bei Frauen auch damit begründet, dass bei deliktenspezifischer Abfra-

Grafik 3: Entwicklung der Kriminalitätsfurcht in der EU



Datenbasis: Eurobarometer 44.3 (1996), 54.1 (2000) und 58.0 (2002) – eigene Berechnungen.
 Verwendeter Indikator: „Wie sicher fühlen Sie sich, wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit allein zu Fuß in der Gegend unterwegs sind, in der Sie wohnen?“ Dargestellt: Prozentanteil „etwas unsicher“ oder „sehr unsicher“. Die Länder sind aufsteigend nach dem Anteil im Jahr 2002 sortiert.

und Luxemburg nicht so groß wie in Schweden, Italien, Irland und Großbritannien. In Ost- und Westdeutschland zeigen sich dagegen ähnlich hohe Geschlechtereffekte, die auch dem gesamteuropäischen Bild entsprechen.

Vom Alter gehen ebenfalls unterschiedliche Effekte aus: Ältere Menschen fühlen sich vor allem in Griechenland, Irland und Luxemburg unsicherer. Dagegen ist die Kriminalitätsfurcht in Österreich, Großbritannien und Nordirland bei den über 65-Jährigen nicht nennenswert erhöht. In Dänemark, Finnland und den Niederlanden ist die Kriminalitätsfurcht bei Jüngeren signifikant erhöht, während sich die jungen Menschen in Österreich eher sicherer fühlen. Weitere Analysen belegen dabei, dass es sich bei den jüngeren Menschen mit erhöhter Kriminalitätsfurcht vor allem um Frauen handelt.

Nicht in allen untersuchten Ländern fühlt sich die städtische Bevölkerung unsicherer. Während vor allem in den südeuropäischen Ländern, d.h. Griechenland, Italien und Spanien, sowie in Luxemburg mehr Kriminalitätsfurcht in den Großstädten besteht, fühlen sich die Menschen in den Ballungsgebieten in Ostdeutschland, Großbritannien, Nordirland und Frankreich nicht besonders unsicher.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass die Deutschen sich zunehmend weniger von Kriminalität bedroht fühlen und verunsichert sind: Kriminalität wird sowohl als persönliche Bedrohung als auch als gesellschaftliches Problem nach einem deutlichen

ge der Furcht, wie dies hier der Fall ist, meist sexuelle Übergriffe einbezogen werden („Shadow-Effect“).

Die Gemeindegröße, in der die Befragten leben, erweist sich ebenfalls als wichtiger Prädiktor. Danach finden sich vor allem in großstädtischen Gebieten wesentlich mehr Menschen, die sich abends in ihrem Wohngebiet unsicher fühlen. Umgekehrt fühlen sich die Menschen in ländlichen Gebieten signifikant sicherer. Anders als bei Frauen und älteren Menschen ist die erhöhte Furcht in größeren Städten vor dem Hintergrund nachvollziehbar, dass die Kriminalitätsrisiken in städtischen Gebieten wesentlich höher sind. Neben erhöhten Kriminalitätsrisiken ist davon auszugehen, dass weitere in Großstädten vermehrt auftretende soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit, Desintegration und Anonymisierung die dort lebenden Menschen zusätzlich verunsichern. Weitere Analysen zeigen schließlich, dass Geschlecht, Alter und Gemeindegröße nicht nur die Kriminalitätsfurcht beeinflussen: auch das Risiko, in den nächsten 12 Monaten Opfer von Straftaten zu werden, wird von Frauen, älteren Menschen und Personen, die in Großstädten leben, ebenfalls signifikant höher eingeschätzt.

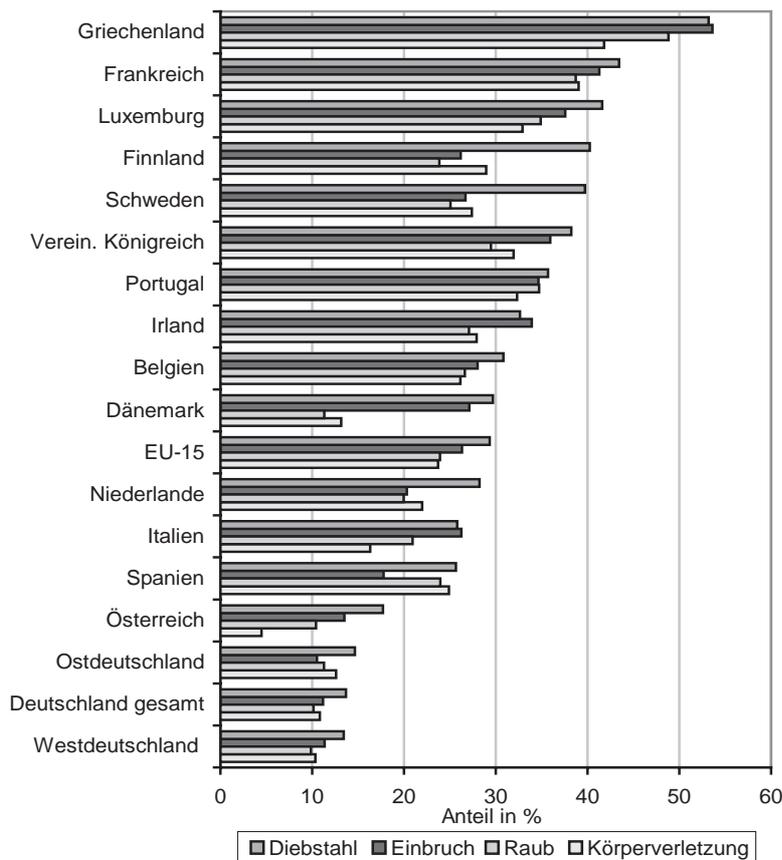
Ein Vergleich der Länder ergibt, dass die Effekte von Geschlecht, Alter und Urbanisierungsgrad zum Teil unterschiedlich sind. Die erhöhte Furcht bei Frauen ist in Österreich, Spanien, Portugal

Tabelle 1: Determinanten der Kriminalitätsfurcht (signifikante unstandardisierte Regressionskoeffizienten)

	Geschlecht		Alter			Gemeindegröße	
	weiblich		15 bis 24	35 bis 64	65 und älter	Land	Großstadt
Deutschland West	.41**				.25**	-.16**	.13*
Deutschland Ost	.44**			.18**	.30**	-.30**	
Dänemark	.43**	.27**			.26**	-.37**	-.12*
Finnland	.39**	.22**			.30**	-.27**	.19**
Schweden	.59**				.22**	-.29**	.15*
Österreich	.28**	-.18*				-.17**	.17*
Griechenland	.46**		.22*		.49**		.36**
Italien	.53**				.34**		.39**
Spanien	.22**				.30**	-.19**	.32**
Portugal	.27**				.19*	-.28**	.16*
Belgien	.37**				.27**		.25**
Luxemburg	.27**				.40**	-.32**	.31**
Niederlande	.48**	.18*			.24**	-.14*	.16*
Frankreich	.36**				.29**	-.33**	
Großbritannien	.51**						
Nordirland	.44**						
Irland	.54**				.48**	-.22**	.18*
EU-15	.42**				.27**	-.20**	.14**

* = signifikant p<.05 ** = signifikant p<.01

Datenbasis: Eurobarometer 58.0 (2002). Dargestellt sind B-Koeffizienten aus länderspezifischen multivariaten Regressionsanalysen. Abhängige Variable: Kriminalitätsfurcht: „Wie sicher fühlen Sie sich, wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit allein zu Fuß in der Gegend unterwegs sind, in der Sie wohnen?“ 1 = sehr sicher, 2 = ziemlich sicher, 3 = etwas unsicher, 4 = sehr unsicher. Unabhängige Variablen sind dummy-codiert. Referenzkategorien: Geschlecht: Männer; Alter: 25-34-Jährige; Gemeindegröße: kleine oder mittelgroße Stadt.

Grafik 4: Viktimisierungserwartungen der EU-Bürger

Datenbasis: Eurobarometer 58.0 (2002) – eigene Berechnungen.

Verwendeter Indikator: „Glauben Sie, dass Sie in den nächsten 12 Monaten selbst das Opfer einer der folgenden Straftaten werden?“ Antwort: ja/nein. Dargestellt: Prozentanteil „ja“. Die Länder sind absteigend nach dem Anteil der Viktimisierungserwartungen bezüglich Diebstahlsdelikten sortiert.

Anstieg zu Beginn der 90er Jahre etwa seit Mitte der 90er Jahre entgegen dem Trend in der Europäischen Union weniger stark wahrgenommen. Gleichzeitig steigt mit dem Sicherheitsgefühl auch die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit. Durch den starken Anstieg im Sicherheitsgefühl in Ostdeutschland haben sich die Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern zunehmend verringert. Insgesamt wird das allgemeine subjektive Wohlbefinden in jüngerer Zeit weniger durch Unsicherheit und Angst im Bereich der öffentlichen Sicherheit beeinträchtigt.

Die Analysen europäischer Daten aus dem Jahr 2002 zeigen, dass die Kriminalitätsfurcht, vor allem jedoch die wahrgenommenen Risiken, Opfer von Verbrechen zu werden, in Deutschland geringer ausgeprägt sind als in den meisten EU-Ländern. Zwar gehen von Geschlecht, Alter und Gemeindegröße in den untersuchten europäischen Ländern unterschiedlich starke Effekte aus. Die Richtung dieser Effekte ist dennoch eindeutig: Frauen und ältere Menschen, für die faktisch gesehen die geringsten Viktimisierungsrisiken gelten, weisen in nahezu allen Ländern der EU wesentlich stärkere Unsicherheitswerte

auf. Bei Personen, die in Großstädten leben und damit einer erhöhten Kriminalitätsbelastung ausgesetzt sind, ist das Unsicherheitsgefühl in den untersuchten Ländern ebenfalls erhöht.

- 1 Zur Konzeptionalisierung von Unsicherheit und Kriminalitätsfurcht vgl. Boers (1991).
- 2 Vgl. hierzu Dittmann (2005).
- 3 Reuband (1998), der die Presseberichte in Dresden vor und nach der Wende (1988-1994) untersucht hat, kommt zu dem Ergebnis, dass im Jahre 1994 in den Medien weniger über Kriminalität berichtet wurde als noch Jahre zuvor.
- 4 Zum Verhältnis objektiver und subjektiver Indikatoren der öffentlichen Sicherheit in Ost- und Westdeutschland vgl. Noll und Weick (2000).
- 5 Der Rückgang im Sicherheitsgefühl in der EU zwischen 1996 und 2002 ist auf dem 99%-Niveau signifikant.
- 6 Vgl. die Opferzahlen der polizeilichen Kriminalstatistiken der verschiedenen Länder (Quelle: Interpol).
- 7 Weniger paradox erscheint die erhöhte Kriminalitätsfurcht von älteren Menschen allerdings vor dem Hintergrund von Opfererfahrungen der Vergangenheit, die das aktuelle Sicherheitsempfinden beeinflussen können: Mit dem Alter steigt im Hinblick auf die gesamte Lebensdauer die Wahrscheinlichkeit einer Opferwerdung.

Boers, Klaus, 1991: *Kriminalitätsfurcht: Über den Entstehungszusammenhang und die Folgen eines sozialen Problems*. Pflaferweiler: Centaurus.

Dittmann, Jörg, 2005: *Entwicklung der Kriminalitätseinstellungen in Deutschland – eine Zeitreihenanalyse anhand allgemeiner Bevölkerungsumfragen*. Discussion Paper 468, DIW Berlin.

Noll, Heinz-Herbert, Weick, Stefan, 2000: *Bürger empfinden weniger Furcht vor Kriminalität*. Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 23: 1-5.

Reuband, Karl-Heinz, 1998: *Kriminalität in den Medien: Erscheinungsformen, Nutzungsstruktur und Auswirkungen auf die Kriminalitätsfurcht*. Soziale Probleme 9: 122-153.

■ **Jörg Dittmann, ZUMA**

Tel.: 0621/1246-248

dittmann@zuma-mannheim.de

Aktualisierte Ausgabe des Datenreport 2004

Der Datenreport 2004, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim, ist in einer zweiten, aktualisierten Ausgabe erschienen. Die Buchausgabe ist

erhältlich bei der Bundeszentrale für politische Bildung. Als PDF-Datei ist der Datenreport bei ZUMA Abteilung Soziale Indikatoren auf folgender Internetseite zum Download frei verfügbar:

<http://www.gesis.org/Sozialindikatoren/Publicationen/Datenreport/dr04.htm>



Steigende Armut, Polarisierung, Re-Stratifizierung: Eine Trendwende der Ungleichheitsentwicklung in Deutschland?

Bericht über die Jahrestagung der Sektion Soziale Indikatoren

Die diesjährige Jahrestagung der Sektion Soziale Indikatoren fand vom 2.-3. Juni am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) statt. Im Mittelpunkt der – mit über 80 Teilnehmern gut besuchten – Veranstaltung standen Fragen zur ökonomischen und sozialen Ungleichheitsentwicklung in Deutschland.

Nach der Begrüßung und Einführung durch Roland Habich vom WZB und den Sektionssprecher Heinz-Herbert Noll (ZUMA) widmete sich der erste Teil der Nachmittagsveranstaltung der Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung. Richard Hauser (Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt/Main), der hierzu wesentlich beigetragen hat, stellte dar, dass der Prozess zunehmender Ungleichheit bereits in den siebziger Jahren eingesetzt hat und voraussichtlich auch noch längere Zeit anhalten wird. Claus Schäfer (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans-Böckler-Stiftung) und Michael Miebach („Berliner Republik“) gaben beide kritische Kommentare zum aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht ab. Während Schäfer auf Defizite beim verwendeten Armutsbegriff und den Referenzwerten für die Armutsmessung sowie auf die unzureichende Erforschung von Benachteiligtengruppen hinwies, monierte Miebach, dass der Armuts- und Reichtumsbericht überwiegend am Konzept der Einkommensarmut ausgerichtet sei. Statt der Erforschung relativer Armut sprach sich Miebach für ein multidimensionales Konzept sozialer Exklusion aus, das die Frage nach gesellschaftlichen Teilhabechancen in den Mittelpunkt stellt.

Am Nachmittag widmeten sich Jan Göbel, Peter Krause und Jürgen Schupp (SOEP/DIW) dem Thema „Armut trotz Erwerbstätigkeit oder Armut wegen fehlender Erwerbstätigkeit?“. Zu den Befunden gehört der seit dem Jahr 2000 steigende Anteil von Haushalten ohne Markteinkommen. Arbeitslosigkeit wird offenbar zunehmend zum Armutsrisiko: Lag 1993 die Wahrscheinlichkeit bei 29%, im Falle von Arbeitslosigkeit zur Gruppe der einkommensarmen Personen zu zählen, hatte sich dieses Risiko im Jahre 2003 um 10 Prozentpunkte erhöht.

Olaf Groh-Samberg (Universität Münster) beschäftigte sich mit Messmodellen, die es er-

lauben die Multidimensionalität und Temporalität von Armut zu erfassen und unterschiedlich starke Ausprägungen von Armut und Prekarität zu differenzieren. Die ebenfalls auf Daten des SOEP basierenden Analysen zeigen eine zunehmende Kumulation von Deprivation bei bestimmten Bevölkerungsgruppen, wie etwa MigrantInnen sowie in einfachen Arbeitshaushalten.

Im letzten Vortrag des ersten Veranstaltungstages untersuchte Ralf K. Himmelreicher (Verband deutscher Rentenversicherungsträger, Forschungsdatenzentrum) Fragen zur Ungleichheit im Lebensverlauf. Seine auf Auswertungen des Scientific Use File der Rentenzugangstatistik 2003 basierenden Analysen ergeben Hinweise für eine zunehmende Ungleichheit der Alterseinkünfte (Lohnspreizung) sowie für zunehmende Altersarmut.

Am zweiten Veranstaltungstag standen zunächst Fragen der Ungleichheit des Lebensstandards im Mittelpunkt. Hans-Jürgen Andreß (Universität Köln) beschäftigte sich mit dem Zusammenhang zwischen geringem Einkommen und niedrigem Lebensstandard und diskutierte Probleme und Ergebnisse von diesbezüglichen Untersuchungen. Im darauffolgenden Vortrag berichteten Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick (ZUMA) über ihre Analysen zum Verhältnis von Einkommen und Verbrauchsstrukturen auf der Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) der Jahre 1983 bis 2003.

Die Entwicklung und Struktur der Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland sowie Aufstiegschancen von Niedriglohnverdienern wurden von Thomas Rhein, Hermann Gartner und Gerhard Krug (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) untersucht. Auf der Grundlage der IAB-Beschäftigtenstichprobe dokumentierten sie einen seit Mitte der 90er Jahre zu beobachtenden Anstieg in der Niedriglohnbeschäftigung sowie eine Verschlechterung der Aufstiegschancen von Geringverdienern in den letzten Jahren.

Juliane Achatz (Universität München) und Hermann Gartner (IAB) beschäftigten sich in ihrem Vortrag mit der sozialen Ungleichheit im betrieblichen Kontext. Die Analysen er-

brachten, dass der Lohnabstand zwischen Männern und Frauen in den alten Bundesländern mit 23% deutlich höher ist als in den neuen Bundesländern (7%). Dabei kann nur ein Teil dieser Ungleichheit durch die Ausstattung mit Humankapital erklärt werden.

Marcel Erlinghagen (Institut für Arbeit und Technik, Wissenschaftszentrum NRW) setzte sich mit der Frage „Wer ist marktfähig in der Dienstleistungsgesellschaft?“ auseinander und stellte Ergebnisse zu Beschäftigungschancen und -risiken Geringqualifizierter vor. Analysen mit den Verlaufsdaten der IAB-Beschäftigtenstichprobe ergaben, dass sich für die Gruppe der Geringqualifizierten das Risiko deutlich erhöht hat, aus Beschäftigungsverhältnissen auszuschneiden.

Im vorletzten Vortrag der Tagung untersuchten Wolfgang Keck und Agnes Blome (WZB) die soziale Ungleichheit zwischen Alterskohorten im Wohlfahrtsstaat und stellten dazu auf der Grundlage des Europäischen Haushaltspanels vergleichende Untersuchungen für verschiedene europäische Länder mit unterschiedlichen wohlfahrtsstaatlichen Arrangements an.

Den Abschluss der Tagung bildete der Vortrag von Claudia Beckert-Zieglschmid (Universität Leipzig). Basierend auf einer regionalen Befragung zu Lebensstilen beschäftigte sie sich mit der Frage, ob soziale und ökonomische Ungleichheit intergenerational weitergegeben wird. Dafür spricht ihr Befund, dass zwischen den Lebensstilen der Jugendlichen und den Lebensstilen der Eltern deutliche Zusammenhänge bestehen.

Im Zusammenhang mit der Jahrestagung fand auch eine Mitgliederversammlung der Sektion Soziale Indikatoren statt, auf der der bisherige Sektionsvorstand (Sprecher: Heinz-Herbert Noll; stellvertretende Sprecher: Roland Habich, Jürgen Schupp) wiedergewählt wurde. Die nächste Tagung der Sektion ist für das Frühjahr 2006 zum Thema „Subjektives Wohlbefinden und subjektive Indikatoren“ geplant.

Die Präsentationen der Vorträge sind inzwischen über die Homepage der Sektion (http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/Sozialindikatoren/Veranstaltungen/Programme/Jahrestagung_2005.htm) abrufbar.

■ **Jörg Dittmann, ZUMA**
Tel.: 0621/1246-248
dittmann@zuma-mannheim.de

Wachsende Gemeinschaftsaktivität und steigendes freiwilliges Engagement

Ergebnisse aus dem zweiten Survey „Freiwilliges Engagement in Deutschland“

Die Qualität einer Gesellschaft bemisst sich unter anderem daran, in welchem Ausmaß die Bürgerinnen und Bürger sich an gemeinschaftlichen Aktivitäten beteiligen und zu freiwilligem Engagement bereit sind. Je höher das freiwillige Engagement, desto gefestigter die „Bürgergesellschaft“, die das in Deutschland allgemein befürwortete Gesellschaftsmodell darstellt. Das freiwillige Engagement stellt damit auch einen zusätzlichen Bereich der Sozialberichterstattung dar, in dem sich Fragen stellen wie: In welchem Maße engagieren sich die Bürger freiwillig? In welchen Bereichen bringen sie sich ein? Welche Gruppen von Personen sind es insbesondere, die sich freiwillig betätigen? Aus welcher Motivation heraus engagieren sie sich und wie verändert sich das freiwillige Engagement der Bürger im Zeitverlauf? Der zweite Survey über „Freiwilliges Engagement in Deutschland“ gibt Einblicke in Fakten und Trends zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerengagement in Deutschland.

Jahr 2004 waren es 36%. Das freiwillige Engagement der Bürger ist somit nicht rückläufig, wie häufig angenommen wird, sondern verzeichnet vielmehr leichte Zuwächse. Der Freiwilligensektor ist dabei sehr vielfältig und heterogen strukturiert.

Betrachtet man das freiwillige Engagement hinsichtlich der verschiedenen Bereiche, so stellt „Sport und Bewegung“ 2004 ebenso wie 1999 den mit Abstand größten Sektor bürgerschaftlichen Engagements dar (Grafik 1). Während die Beteiligung in diesem Bereich stabil bleibt, haben sich in der Rangfolge der übrigen Bereiche freiwilligen Engagements einige Veränderungen vollzogen. Deutlich zugenommen hat die Bedeutung der Bereiche „Schule und Kindergarten“ (von Platz 4 auf 2), „Kirche und Religion“ (von Platz 6 auf 3) sowie „Sozialer Bereich“ (jeweils Platz 5). Im Vergleich dazu hat das freiwillige Engagement im Bereich „Kultur und Musik“ etwas an Bedeutung verloren (von Platz 3 auf 4). „Freizeit und Geselligkeit“ ist der einzige Bereich, in dem das Ausmaß freiwilligen Engagements zurückgegangen ist. In allen anderen Bereichen ist entweder Konstanz oder gar eine Zunahme freiwilliger Tätigkeit zu beobachten.

Freiwilliges Engagement als Indikator sozialer Integration

Nicht alle Bürger sind gleich stark in Gemeinschaftsaktivität und freiwilliges Engagement eingebunden, wie anhand einer mehrstufigen Engagement-Skala demonstriert werden kann, in der die Befragten je nach der Intensität ihres freiwilligen Engagements eingruppiert werden (Grafik 2). Die erste Gruppe bilden Personen, die nicht gemeinschaftlich aktiv sind (1), gefolgt von Personen, die gemeinschaftlich aktiv sind, aber keine bestimmten freiwilligen Tätigkeiten übernommen haben (2). Bei den freiwillig Engagierten unterscheiden wir Engagierte

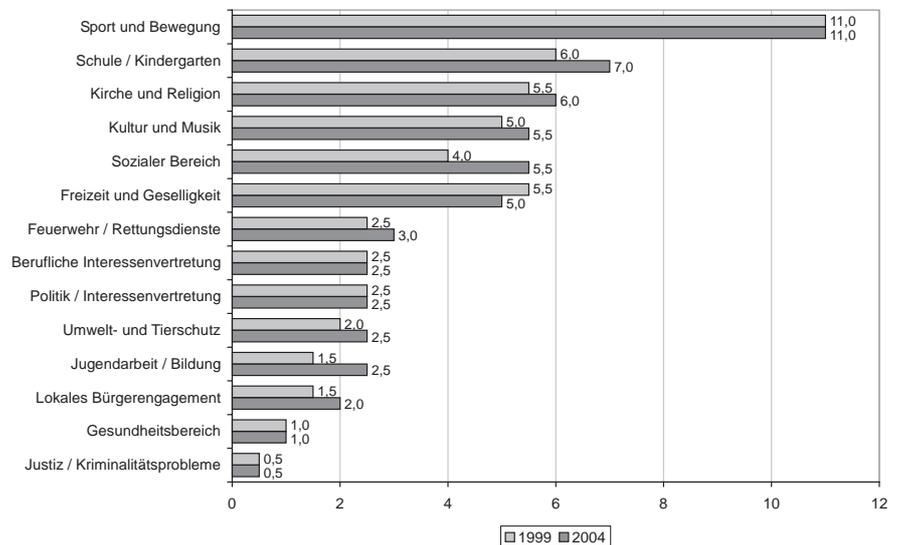
Bereits im Frühsommer 1999 führte TNS Infratest Sozialforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) einen großen Telefonsurvey zum Thema „Freiwilliges Engagement in Deutschland“ (Freiwilligensurvey 1999) durch (siehe von Rosenblatt in ISI 24). Genau 5 Jahre nach dem ersten Survey wurde im Frühsommer 2004 ein zweiter Freiwilligensurvey nach dem gleichen Design durchgeführt¹. Der Bericht, der im Herbst dieses Jahres veröffentlicht wird, befasst sich neben den Trends seit 1999 auch mit neuen Aspekten, die erstmals in den Freiwilligensurvey aufgenommen wurden².

Zur Erfassung des freiwilligen Engagements wurde erneut das Konzept des Freiwilligensurveys 1999 verwendet. Dieses Konzept hat sich bewährt und stellt zudem die Vergleichbarkeit zwischen den beiden Freiwilligensurveys von 1999 und 2004 sicher. In beiden Surveys wird das freiwillige Engagement nicht direkt, sondern in einem mehrstufigen Verfahren erhoben. Zunächst wird, gestützt mit einer Liste von 14 Bereichen, die „Gemeinschaftsaktivität“ von Befragten erfasst. Diese ist definiert als „aktive Beteiligung“ in Gruppen, Vereinen, Organisationen oder Einrichtungen, die über private, erwerbsbezogene oder auf Erholung bezogene Zwecke hinausgeht. Im Anschluss an die Identifizierung von Gemeinschaftsaktivitäten wird wiederum bereichsbezogen nach „Aufgaben und Arbeiten“ gefragt, die gemeinschaftlich aktive Befragte „ehrenamtlich“ oder in Form von „Engagement“ ausüben. Solche Tätigkeiten sowie deren organisatorische Anbindung wurden wörtlich notiert und später auf Gültigkeit hin geprüft.

Mehr soziales sowie kinder- und jugendbezogenes Engagement

Bilanziert man die Situation unabhängig von den verschiedenen Bereichen, so kann man 70% der Bevölkerung ab 14 Jahre als „gemeinschaftsaktiv“ einstufen. Das heißt, diese Menschen sind in irgendeiner Weise über ihre privaten und erwerbsbezogenen Zwecke hinaus am öffentlichen Leben beteiligt. Diese öffentliche Beteiligung der Bevölkerung ist seit 1999 um 4 Prozentpunkte gestiegen. Neben der Gemeinschaftsaktivität stieg im gleichen Zeitraum jedoch auch das freiwillige Engagement. Mindestens eine freiwillige Tätigkeit übten im Jahr 1999 noch 34% der Bevölkerung aus, im

Grafik 1: Freiwilliges Engagement nach Bereichen (1999 und 2004)



Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, Freiwilligensurveys 1999 und 2004. Bevölkerung ab 14 Jahren. Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen (keine Addition zu 100%)

mit einer Tätigkeit (3), Engagierte mit zwei Tätigkeiten (4) und schließlich diejenigen mit drei und mehr Tätigkeiten (5). In den letzten fünf Jahren hat in erster Linie die Gemeinschaftsaktivität ohne freiwilliges Engagement zugenommen, aber auch das freiwillige Engagement mit zwei, drei oder mehr Tätigkeiten.

Der Grad der individuellen Einbindung in freiwilliges Engagement steht in engem Zusammenhang mit der sozialen Integration einer Person. Am deutlichsten wird dies an der herausragenden Beziehung zwischen dem Vorhandensein eines großen Freundes- und Bekanntenkreises und der Position auf der Engagement-Skala. Personen mit einem großen Freundes- und Bekanntenkreis sind nur selten in der Gruppe der nicht gemeinschaftlich Aktiven vertreten (14%), während sie fast die Hälfte der Hochengagierten mit drei und mehr freiwilligen Tätigkeiten ausmachen (46%). In den dazwischen liegenden Positionen auf der Engagement-Skala steigt der Prozentsatz von Personen mit großem Freundes- und Bekanntenkreis kontinuierlich an.

Ein ebenso deutlicher Zusammenhang ist hinsichtlich der Kirchenbindung beobachten. Personen mit hoher Kirchenbindung gehören der Gruppe der nicht gemeinschaftlich Aktiven selten an (13%), sind jedoch in der Gruppe der Hochengagierten häufig vertreten (43%). Auch hier steigt der Anteil der Personen mit Kirchenbindung bei zunehmendem Engagement stetig an. Das Vorhandensein eines großen Freundes- und Bekanntenkreises ebenso wie einer hohen Kirchenbindung sind Merkmale sozialer Integration, die in enger Beziehung zum Ausmaß der persönlichen Einbindung in Bürgerengagement stehen.

Auch individuelle Merkmale des sozialen Status stehen in einem engen Zusammenhang mit der Position einer Person auf der Engagement-Skala. Am wichtigsten sind hier ein höherer Bildungsabschluss sowie eine hohe berufliche Position, wobei sich der Einfluss der Bildung seit 1999 erhöht hat. Bildung ist 2004 von größerer Bedeutung als materielle Faktoren wie z.B. das Haushaltseinkommen. Weniger be-

deutsam für das freiwillige Engagement als noch 1999 ist es, ob Personen im öffentlichen Dienst beschäftigt sind. Auch die Bedeutung des Lebensalters für das freiwillige Engagement ist insgesamt zurückgegangen. Dennoch ist die Gruppe der 40 bis 59-Jährigen nach wie vor die tragende Gruppe des freiwilligen Engagements, besonders bei denjenigen, die sich in zwei und mehr Tätigkeiten engagieren.

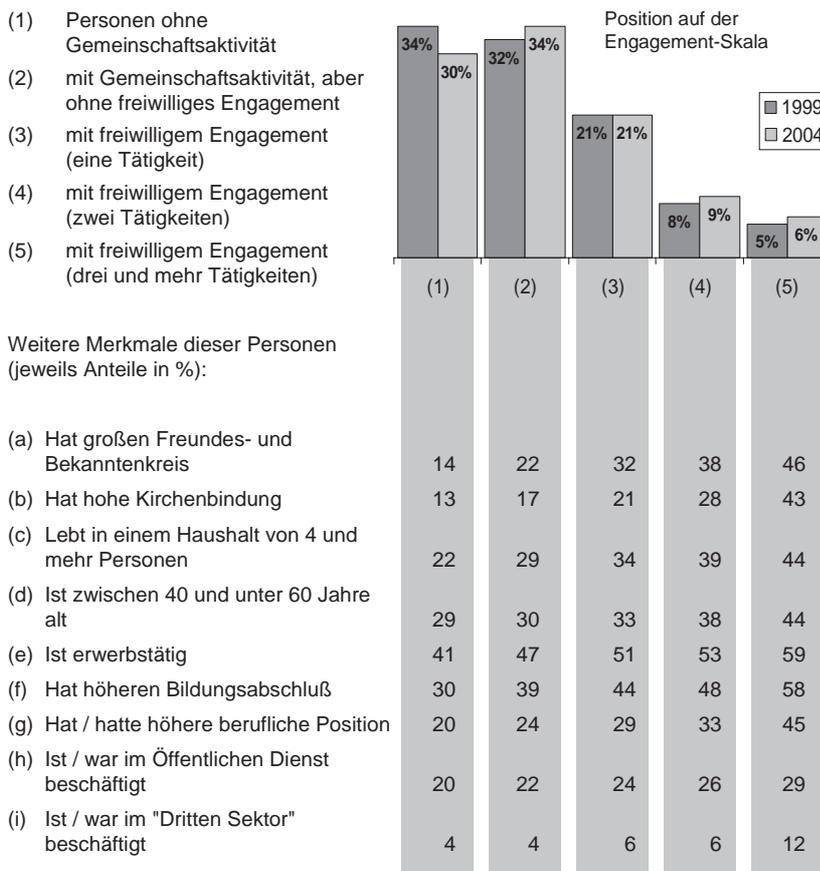
Wie bereits 1999 spielt die Haushaltsgröße für die Position auf der Engagement-Skala eine Rolle. Der Anteil von Personen, die in Haushalten mit mindestens vier Personen leben, steigt mit zunehmendem Engagement kontinuierlich an. Darin zeigt sich die hohe Bedeutung von Kindern und Jugendlichen für gemeinschaftliche Aktivität und freiwilliges Engagement. In größeren Haushalten engagieren sich die Eltern oft für die eigenen Kinder (Kinderbetreuung, Sportvereine, Jugendarbeit etc.) oder die Jugendlichen sind selbst gemeinschaftlich aktiv oder freiwillig engagiert.

Gesellschaftliche Mitgestaltung als wichtiges Motiv für Engagement

„Ich möchte die Gesellschaft zumindest im Kleinen mitgestalten.“ Diesem Satz stimmen 66% der freiwillig Engagierten „voll und ganz“ zu, 29% „teilweise“ und nur für 5% der Engagierten spielt dieses Motiv sich zu engagieren keine Rolle. Ebenfalls eine herausragende Rolle spielt das Motiv, durch das Engagement „vorrangig mit anderen Menschen zusammenkommen“ zu wollen (60% „voll und ganz“, 35% „teilweise“ und 5% „überhaupt nicht“). Für viele Befragte spielen beide Motive eine gleich große Rolle. Allerdings setzen jüngere Menschen, Personen mit niedrigem politischen Interesse und Arbeiter den Schwerpunkt stärker auf die Gesellung mit anderen, während ältere Menschen, Personen mit hohem Bildungsstatus und starkem politischen Interesse vermehrt auf gesellschaftliche Mitgestaltung Wert legen.

Bei immerhin 48% der Engagierten ist ihr freiwilliges Engagement entweder „voll und ganz“ (21%) oder „teilweise“ (27%) politisch motiviert, insbesondere bei älteren Menschen und Beamten, aber auch bei Arbeitslosen. Ältere Menschen beziehen die Motivation für ihr freiwilliges Engagement jedoch auch häufig aus einem Gefühl der sozialen Pflicht. So sehen sie ihr Engagement vermehrt als eine Aufgabe, „die gemacht werden muss und für die sich schwer jemand findet“. Jüngere Menschen teilen zwar (wenn auch in gemäßigter Form) die starke Orientierung am Gemeinwohl der älteren Engagierten, bringen jedoch ihre freiwillige Tätigkeit zunehmend in Zusammenhang mit persönlichen und beruflichen Interessen. Von vielen Engagierten aller Altersgruppen wird freiwilliges Engagement als ein Lernfeld angesehen, in dem neue Kenntnisse und Erfahrungen gewonnen werden können. Angesichts der Vielfältigkeit und Heterogenität des Freiwilligensektors ist allerdings bemerkenswert, dass die Motive freiwillig

Grafik 2: Gemeinschaftsaktivität, freiwilliges Engagement und Stellung in der Gesellschaft



Erläuterungen:

- zu (f) Fachhochschulreife und höher
- zu (g) Angestellte mit Führungsaufgaben; Beamte des gehobenen und höheren Dienstes; Selbständige mit Mitarbeitern
- zu (i) Gemeinnützige / nicht gewinnorientierte Einrichtung oder Organisation

Basis: Wohnbevölkerung ab 14 Jahren

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, Freiwilligensurveys 1999 und 2004

Tätigkeiten über alle Tätigkeitsbereiche hinweg vergleichsweise ähnlich sind.

Stärkste Zunahme bei Frauen, Ostdeutschen und Arbeitslosen

In einigen Gruppen fiel die Zunahme des freiwilligen Engagements seit 1999 besonders deutlich aus: bei Personen ab 46 Jahren, bei Arbeitslosen, Rentnern und bei den ostdeutschen Bundesbürgern (dort insbesondere bei den Frauen). Regional waren die Zuwächse in den Bundesländern Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Berlin und Brandenburg am größten. Damit deutet sich eine gewisse Uneinheitlichkeit der regionalen und sozialstrukturellen Hintergründe in den Veränderungen des freiwilligen Engagements an. Da sind z.B. ältere Menschen, die gesundheitlich immer rüstiger werden und zunehmend freie Zeit für soziale Angelegenheiten bzw. für das Gemeinwohl einsetzen. Das ist ein anderer Hintergrund als das zunehmende Bedürfnis von Arbeitslosen, durch freiwilliges Engagement den Erhalt und den Ausbau ihrer Fähigkeiten und Erfahrungen sicherzustellen und damit auch ihre Arbeitsmarktchancen zu verbessern.

Im Folgenden sollen die genannten Veränderungen hin zu steigendem freiwilligen Engagement differenziert nach verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen näher beleuchtet werden. Wie aus Tabelle 1 ersichtlich wird, ist der Trend steigenden Engagements bei älteren Menschen über 65 Jahren erklärbar durch die Zunahme von freiwilligem Engagement bei Männern einerseits und bei Westdeutschen andererseits. Die Zuwächse in der Altersgruppe der 46 bis 65-Jährigen hingegen sind im Wesentlichen durch das gestiegene Engagement bei Frauen und Ostdeutschen begründet. In Westdeutschland findet also die Zunahme freiwilligen Engagements bei den Bürgern mittleren und höheren

Alters statt, während sich in Ostdeutschland eher die Bürger jüngeren und mittleren Alters stärker engagieren als fünf Jahre zuvor. Bei den Frauen steigt das freiwillige Engagement in allen Altersgruppen, während es bei den Männern bis 65 Jahre stagniert (bzw. in der jüngsten Gruppe sogar zurückgeht) und nur in der ältesten Gruppe ansteigt.

Während das freiwillige Engagement der Männer also insgesamt konstant blieb, ist es bei Frauen leicht gestiegen. Vor allem erwerbstätige und arbeitslose Frauen haben ihr Engagement inzwischen deutlich ausgeweitet (Tabelle 2). Damit reduzieren sich die Unterschiede im Engagement zwischen Frauen und Männern bei Erwerbstätigen und Arbeitslosen. Die Zunahme freiwilligen Engagements bei den Arbeitslosen findet weit stärker in den neuen als in den alten Bundesländern statt. Zum einen ist diese Gruppe in den neuen Ländern deutlich größer als in den alten Ländern, zum anderen ist der Anstieg in dieser Gruppe doppelt so stark. Auch Schüler und Auszubildende haben ihr Engagement in den neuen Ländern viel stärker gesteigert als in den alten Ländern. Bei den Rentnern und Pensionären hingegen zeigt sich in den alten Ländern eine viel größere Zunahme als in den neuen Ländern. Dies entspricht der Entwicklung in der ältesten Altersgruppe der Männer.

Wir wollen uns in der Folge intensiver mit zwei Fragen des freiwilligen Engagements beschäftigen, die angesichts der zugespitzten Arbeitsmarktsituation in Deutschland, insbesondere in den neuen Ländern, zunehmend von Interesse sind. Es geht zum einen um die Fragen zur Beziehung zwischen Freiwilligensektor und Arbeitsmarkt und zum anderen um die „Monetarisierung“ des freiwilligen Engagements. Mit anderen Worten: Deutet der Aufschwung des freiwilligen Engagements bei Arbeitslosen und in

den neuen Ländern darauf hin, dass freiwilliges Engagement zunehmend als Brücke zum Arbeitsmarkt gesucht wird bzw. selbst zunehmend arbeitsmarktlichen Charakter annimmt?

Druck auf den Arbeitsmarkt sinkt in West- und steigt in Ostdeutschland

Schon 1999 gab es bevorzugt in der Gruppe der Arbeitslosen, mehr noch der Schüler, Auszubildenden und Studenten, viele freiwillig Engagierte, die ihre freiwillige Tätigkeit möglichst als berufliche Tätigkeit ausüben wollen. Bei Arbeitslosen ist dieses Interesse etwa gleich geblieben, bei Schülern, Auszubildenden und Studenten gesunken, aber weiter auf hohem Niveau (Tabelle 3). Verrechnet man die prinzipielle Möglichkeit, eine freiwillige Tätigkeit auch beruflich auszuüben („Arbeitsmarktnähe“), mit dem geäußerten Bedürfnis danach, dann bestand 1999 bei 6% aller freiwilligen Tätigkeiten ein gewisser „Arbeitsmarktdruck“. Diese Kennziffer bedeutet, dass die Freiwilligen wahrnehmen, dass ihre freiwillige Tätigkeit von anderen in vergleichbarer Weise beruflich ausgeübt wird, und gleichzeitig beabsichtigen diese Tätigkeit selbst beruflich auszuüben³. Die Kennziffer des Arbeitsmarktdrucks sank allerdings zwischen 1999 und 2004 auf 4,5%, sowohl wegen der verschlechterten Möglichkeit als auch wegen des sinkenden Bedürfnisses, freiwillige Tätigkeiten in berufliche umzuwandeln.

Bei Schülern, Auszubildenden und Studenten war dieser Rückgang ausgehend von einem besonders hohen Niveau besonders deutlich (von 15% auf 9,5%), bei Arbeitslosen nicht ganz so ausgeprägt (von 7% auf 5,5%). Bei den Arbeitslosen war allerdings nicht das zurückgehende Bedürfnis des Übergangs in eine berufliche Tätigkeit, sondern die abnehmende Möglichkeit dazu für den Rückgang verantwortlich. Das heißt, Arbeitslose übten 2004 zunehmend freiwillige Tätigkeiten aus, die nicht von anderen beruflich ausgeübt wurden (abnehmende Arbeitsmarktnähe). In der Gruppe der Schüler, Auszubildenden und Studenten dagegen sank das Bedürfnis nach Umwandlung der freiwilligen in berufliche Tätigkeiten stärker ab als die wahrgenommene Möglichkeit. Ein besonders niedriger und weiter abnehmender Arbeitsmarktdruck ist 2004 bei den freiwillig engagierten Rentnern und Pensionären zu beobachten. Diese Gruppe nimmt zwar recht oft wahr, dass ihre freiwillige Tätigkeit von anderen beruflich ausgeübt wird, ist aber nur selten an einer bezahlten Ausübung interessiert. Das gilt ebenfalls für Hausfrauen bzw. Hausmänner.

Eine gewisse Ausnahme stellen allerdings die neuen Bundesländer dar. Hier ist die Paralleltät freiwilliger und beruflich ausgeübter Tätigkeiten seit 1999 fast unverändert, und das Bedürfnis nach Umwandlung freiwilliger in beruflich ausgeübte Tätigkeiten ist sogar deutlich gestiegen. Beide Werte bewegen sich inzwischen über dem Niveau der alten Länder, nachdem sie 1999 noch darunter lagen.

Tabelle 1: Anteil freiwillig Engagierter nach Geschlecht, Landesteil und Alter

	Gesamt		14-30 Jahre		31-45 Jahre		46-65 Jahre		66+ Jahre	
	1999	2004	1999	2004	1999	2004	1999	2004	1999	2004
Gesamt	34	36	35	35	38	39	37	40	23	26
Männer	39	39	40	36	40	40	42	43	27	33
Frauen	30	32	29	33	36	38	32	37	19	21
Alte Länder	36	37	37	37	39	40	39	41	24	27
Neue Länder	28	31	28	29	31	37	30	34	19	19

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, Freiwilligensurveys 1999 und 2004. Angaben in Prozent.

Tabelle 2: Anteil freiwillig Engagierter nach Geschlecht, Landesteil und Erwerbsstatus

	Erwerbstätige		Arbeitslose		Schüler/Azubis/ Studenten		Hausfrauen		Rentner Pensionäre	
	1999	2004	1999	2004	1999	2004	1999	2004	1999	2004
Gesamt	38	40	23	27	37	38	38	37	24	28
Männer	43	42	25	27	41	40	*	*	29	35
Frauen	32	37	22	27	34	36	38	38	20	23
Alte Länder	39	41	25	27	39	40	39	38	26	30
Neue Länder	33	37	22	26	29	34	19	29	20	21

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, Freiwilligensurveys 1999 und 2004. Angaben in Prozent.

* zu wenig Fälle.

Tabelle 3: „Arbeitsmarktnähe“ und „Arbeitsmarktdruck“ freiwilliger Tätigkeiten nach verschiedenen Merkmalen

	Wird die freiwillige Tätigkeit von anderen beruflich (gegen Bezahlung) ausgeübt? „Arbeitsmarktnähe“ (A)		Falls (A): Besteht Interesse, die freiwillige Tätigkeit selbst beruflich auszuüben? (B)		„Arbeitsmarktdruck“ (A)*(B)/100*	
	1999	2004	1999	2004	1999	2004
Alle	26	22	23	20	6,0	4,5
Alte Länder	26	22	23	20	6,0	4,5
Neue Länder	25	24	19	22	5,0	5,5
Männer	28	22	20	19	5,5	4,0
Frauen	23	23	26	23	6,0	5,0
14-30 Jahre	32	29	34	32	11,0	9,0
31-45 Jahre	23	22	25	25	6,0	5,5
46-65 Jahre	25	21	16	13	4,0	2,0
66 Jahre und älter	25	17	4	3	1,0	0,5
Erwerbstätige	26	22	19	21	5,0	4,5
Arbeitslose	24	19	29	30	7,0	5,5
Schüler/Azubis/ Studenten	34	29	44	33	15,0	9,5
Hausfrauen	16	21	31	20	5,0	4,5
Rentner/Pensionäre	24	21	7	4	1,5	1,0

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, Freiwilligensurveys 1999 und 2004.
Angaben in Prozent, *1. Stelle nach dem Komma gerundet auf ganze Zahlen bzw. 0.5 .

Die Analyse nach Tätigkeitsbereichen ergibt, dass in den meisten Sektoren die Arbeitsmarktnähe freiwilliger Tätigkeiten gesunken ist und das oft gerade in Bereichen, die 1999 besonders arbeitsmarktnah waren, wie die Jugend- und Bildungsarbeit, die Freiwillige Feuerwehr und die Rettungsdienste, die berufliche Interessenvertretung und der soziale Bereich. Ausnahmen bilden nur der politische Bereich, wo die Nähe freiwilliger zu beruflich ausgeübten Tätigkeiten auf erhöhtem Niveau etwa konstant blieb, sowie der Bereich Umwelt- und Tierschutz, wo sie seit 1999 auf ein deutlich überdurchschnittliches Niveau anstieg.

Sinkende Arbeitsmarktnähe geht in einigen Bereichen dennoch mit steigendem Interesse einher, von freiwilligen in berufliche Tätigkeiten zu wechseln, etwa im besonders arbeitsmarktnahen Bereich der Jugend- und Bildungsarbeit sowie bei der Freiwilligen Feuerwehr und den Rettungsdiensten. Im sozialen Bereich ist das allerdings nicht der Fall: Hier sanken sowohl die Arbeitsmarktnähe freiwilliger Tätigkeiten als auch das Bedürfnis, solche Tätigkeiten beruflich auszuüben.

Leicht zunehmende „Monetarisierung“ des freiwilligen Engagements

In einem sehr eingeschränkten Sinne können freiwillige Tätigkeiten auch als bezahlte Tätigkeiten eingestuft werden, wenn für Freiwillige regelmäßig pauschalierte Aufwandsentschädigungen anfallen, Honorare gezahlt werden oder eine geringfügige Bezahlung vorliegt („Monetarisierung“)⁴.

Aufwandsentschädigungen erhalten 1999 und 2004 jeweils 7% der freiwillig Engagierten,

im Falle politischer Tätigkeiten sogar 32% (1999: 32%), in der beruflichen Interessenvertretung 20% (1999: 16%) und bei der Freiwilligen Feuerwehr und den Rettungsdiensten 17% (1999: 14%). Der Bereich „Sport und Bewegung“ liegt mit konstant 7% genau im Durchschnitt. Honorare spielen insgesamt eine geringe Rolle und nehmen an Bedeutung ab, wie z.B. in der Jugend- und Bildungsarbeit. Dieser Rückgang wird dort jedoch durch eine Zunahme der Aufwandsentschädigungen und der geringfügigen Bezahlung aufgefangen. Auch im kulturellen und künstlerischen Bereich hat die Bedeutung der Honorare abgenommen und wird dort ebenfalls durch andere Vergütungsformen kompensiert.

Einzig bei der Vergütungsform der geringfügigen Bezahlung ist ein leicht zunehmender Trend zu beobachten (von 4% in 1999 auf 6% in 2004), der vor allem von den Bereichen „Soziales“ und „Kirche und Religion“ getragen wird. Unter den verschiedenen Gruppen sind es vor allem Arbeitslose, die vermehrt geringfügig bezahlt werden (von 2% in 1999 auf 6% in 2004). Das kompensiert in dieser Gruppe einen deutlichen Rückgang bei den Aufwandsentschädigungen (von 10% in 1999 auf 6% in 2004). Unverändert das höchste Niveau geringfügiger Bezahlung weist mit 10% die Gruppe der Schüler, Auszubildenden und Studenten auf.

Insbesondere die Veränderungen in dem großen Sportbereich dürften sich besonders auf die Durchschnittswerte ausgewirkt haben. Das Niveau der geringfügigen Bezahlung ist dort mit 8% der Tätigkeiten sogar das höchste aller Bereiche, nunmehr gefolgt vom seit 1999 von allen Sektoren am meisten expandierenden sozia-

len Bereich (7%) und dem Bereich „Freiwillige Feuerwehr und Rettungsdienste“ (ebenfalls 7%).

Durch diese Entwicklung bei der geringfügigen Bezahlung sind freiwillige Tätigkeiten gegenüber 1999 insgesamt etwas stärker monetär geprägt. Die auffälligste Entwicklung gab es im sozialen und politischen Bereich sowie bei der Freiwilligen Feuerwehr und den Rettungsdiensten. In der Politik fallen nunmehr bei 40% (1999: 33%) der Tätigkeiten Vergütungen an, bei der Freiwilligen Feuerwehr bei 24% (1999: 19%) und im sozialen Bereich bei 18% (1999: 11%). Der berufliche Bereich als stark „monetarisierter“ Bereich schließt sich dieser Entwicklung ebenso an wie der sehr wenig „monetarisierter“ kirchliche Bereich.

Im gesamten von den Vereinen bestimmten Bereich (eher durchschnittlich beim Sport, deutlich unterdurchschnittlich bei Kultur und Freizeit) war bereits 1999 die „Monetarisierung“ eher gering ausgeprägt. Diesbezüglich sind keine Veränderungen zu beobachten. Vergütungen freiwilliger Tätigkeiten kommen 1999 wie 2004 in den Bereichen „Kindergarten und Schule“ sowie „Umwelt- und Tierschutz“ am seltensten vor.

Ein weitere geldwerte Größe stellt für Freiwillige die Möglichkeit dar, sich Kosten, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit anfallen, erstatten zu lassen. Nur 12% der freiwilligen Tätigkeiten sind für die Freiwilligen nicht mit Unkosten verbunden (1999: 11%). Die Möglichkeit, sich solche Kosten (z.B. Fahrtkosten) erstatten zu lassen, hat zugenommen. 1999 gab es eine Kostenerstattung bei 41% der Tätigkeiten, 2004 bei 44%. Besonders Arbeitslose können diese Möglichkeit zunehmend in Anspruch nehmen (von 36% in 1999 auf 43% in 2004), ebenso ältere Menschen über 65 Jahre (von 31% in 1999 auf 38% in 2004), vermehrt auch Frauen, die sich an das deutlich höhere Niveau der Männer angenähert haben. Auch die neuen Länder haben sich hinsichtlich der Möglichkeit der Kostenerstattung den alten Bundesländern angeglichen.

Tatsächlich werden die verbesserten Möglichkeiten der Kostenerstattung von den Freiwilligen 2004 allerdings seltener als 1999 wahrgenommen. 1999 ließen sich Freiwillige bei 30% der Tätigkeiten regelmäßig Unkosten erstatten, 2004 nur noch 24%. Die Verschlebung ging zugunsten einer „gelegentlich“ wahrgenommenen Erstattung. Kein Gebrauch von der Kostenerstattung wurde gleichbleibend bei 23% der Tätigkeiten gemacht.

Abzuwarten bleibt, wie sich nach Hartz IV die „Monetarisierung“ des Freiwilligensektors entwickeln wird. Bei der Zunahme der geringfügigen Bezahlung zwischen 1999 und 2004 wissen wir nicht, ob es sich hier um eine Folge von Deregulierungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt handelt. Die deutlichen Veränderungen im sozial-karitativen und im kirchlich-religiösen Bereich jedoch könnten auf eine neue Entwicklung hindeuten.

- 1 Befragt wurden je ca. 15.000 Personen. Grundgesamtheit war die deutschsprachige Bevölkerung ab 14 Jahren in Privathaushalten. Zum Einsatz kam das ITMS-System (Infratest-Telefon-Master-Sample). Das ITMS ist als multi-stratifizierte Haushaltsstichprobe auf Flächenbasis mit zufälliger Zielpersonenauswahl im Haushalt mit dem Schwedenschlüssel konzipiert. Es entspricht hinsichtlich des Random-Digit-Dialling dem ADM-Standard, der nach dem Gabler-Häder-Verfahren definiert wurde.
- 2 Neu aufgenommene Aspekte sind die Abbildung „bürgerschaftlicher“ Motive von Freiwilligen, die bessere Erfassung organisatorischer Rahmenbedingungen freiwilligen Engagements, die Unterstützung der Arbeitgeber für freiwillig engagierte Arbeitnehmer, die Nutzung des Internets für freiwilliges Engagement sowie Lernprozesse bei Freiwilligen. Ebenfalls verbessert wurde die Identifizierung des Migrationshintergrundes von Befragten sowie von Arrangements der außerhäuslichen Kinderbetreuung von Eltern.
- 3 Die Variable „Arbeitsmarktdruck“ wurde aus den beiden in der Tabelle 3 zitierten Größen „freiwillige Tätigkeit wird von anderen in vergleichbarer Form haupt- oder nebenberuflich (also gegen Bezahlung) ausgeübt“ und „Interesse des Befragten, seine freiwillige Tätigkeit beruflich und gegen Bezahlung auszuüben“ berechnet. „Arbeitsmarktdruck“ gibt den absoluten Anteil sowohl von anderen beruflich ausgeübter als auch von Freiwilligen angestrebter beruflicher Tätigkeiten an allen freiwilligen Tätigkeiten an.
- 4 Fragetext: „Erhalten Sie persönlich ein gewisse Vergütung, beispielsweise...?“ Es waren Mehrfachnennungen möglich.
- Gensicke, Thomas, 2001: *Freiwilliges Engagement in den neuen und alten Bundesländern*. S. 22-113 in: Joachim Braun, Helmut Klages (Hg.): *Zugangswege zum freiwilligen Engagement und Engagementpotential in den alten und neuen Bundesländern*. Repräsentativerhebung 1999 zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Band 194.2 der Schriftenreihe des BMFSFJ. Stuttgart: Kohlhammer.
- Gensicke Thomas, Geiss, Sabine, 2004: *Erfassung des Freiwilligen Engagements im Freiwilligen Survey und in der Zeitbudgetstudie*. S. 357-372 in: *Statistisches Bundesamt (Hg.): Alltag in Deutschland – Analysen zur Zeitverwendung*. Band 43 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Klages, Helmut, Braun, Joachim (Hg.), 2001: *Zugangswege zum freiwilligen Engagement und Engagementpotential in den neuen und alten Bundesländern*. Repräsentativerhebung 1999 zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Band 194.2 der Schriftenreihe des BMFSFJ. Stuttgart: Kohlhammer.
- Picot, Sibylle (Hg.), 2001: *Freiwilliges Engagement in Deutschland*. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Frauen und Männer, Jugend, Senioren, Sport. Repräsentativerhebung 1999 zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Band 194.3 der Schriftenreihe des BMFSFJ. Stuttgart: Kohlhammer.
- Rosenblatt von, Bernhard, 2000: *Große Vielfalt bei ehrenamtlicher Tätigkeit und bürgerschaftlichem Engagement*. Ein neues Feld der Sozialberichterstattung in Deutschland. Informationsdienst Soziale Indikatoren 24: 6-10.
- Rosenblatt von, Bernhard (Hg.), 2001: *Freiwilliges Engagement in Deutschland*. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Gesamtbericht. Band 194.1 der Schriftenreihe des BMFSFJ. Stuttgart: Kohlhammer.

■ **Thomas Gensicke,**
TNS Infratest Sozialforschung München
 Tel.: 089/5600-1547 und -1494
 thomas.gensicke@tns-infratest.com

„Monitoring Social Europe“: Komparative Soziale Indikatoren und Sozialberichterstattung als Instrumente für Wissenschaft und Politik

Workshop der Abteilung Soziale Indikatoren
 Mannheim, 16.-17. November 2005

Mit dem drastisch gewachsenen Bedarf und Interesse an vergleichenden Informationen über die Lebensverhältnisse, die Qualität der gesellschaftlichen Institutionen und den sozialstrukturellen Wandel in den EU-Mitgliedsländern ist eine Vielzahl von Programmen und Aktivitäten eines europäischen „social monitoring and reporting“ entstanden. Zudem haben soziale Indikatoren mit der Einführung des Prinzips der offenen Koordinierung auch in der europäischen Politik erheblich an Bedeutung gewonnen, z.B. für das Monitoring der Erreichung politisch vereinbarter Ziele, Prozesse des Benchmarking und der Identifizierung von „best practice“.

Im Rahmen des Workshops sollen verschiedene aktuelle Initiativen und Aktivitäten einer europäisch vergleichenden Sozialberichterstattung und eines indikatorengestützten social monitoring vorgestellt und diskutiert werden. Dazu gehören sowohl wissenschaftsetragene, wie das am ZUMA entwickelte „European System of Social Indicators“, aber auch in den Prozessen des europäischen „policy making“ verankerte Ansätze, wie z.B. die im Rahmen der offenen Methode der Koordinierung verwendeten „Laeken-Indicators“.

Der Workshop wird unter Beteiligung namhafter nationaler und internationaler Experten durchgeführt und soll den Teilnehmern nicht nur einen fundierten Überblick über dieses – für Wissenschaft und Politik gleichermaßen bedeutsame – Arbeitsfeld bieten, sondern auch in diesem Zusammenhang relevante methodische Fragen – z.B. der Indikatorenkonstruktion – thematisieren sowie über geeignete Datengrundlagen für eine komparative europäische Gesellschaftsbeobachtung und Sozialberichterstattung informieren. Der Workshop wird von Heinz-Herbert Noll geleitet und organisiert.

Interessenten werden gebeten, sich bis zum 31. Oktober beim Tagungssekretariat von ZUMA (Email: workshop@zuma-mannheim.de, Tel. 0621/1246-221) anzumelden. Für die Teilnahme wird eine Gebühr von 120,- € erhoben.

Herausgeber

Zentrum für Umfragen, Methoden und
Analysen (ZUMA) e.V.
Abteilung Soziale Indikatoren

Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon 06 21/12 46-0
<http://www.gesis.org/sozialindikatoren>

Verantwortlich für den Inhalt

Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion

Angelika Scheuer

Satz und Druck

Verlag Pfälzische Post GmbH
Winzinger Straße 30
67433 Neustadt/Weinstraße

Gestaltung

Kognito, Berlin

Zuma ist Mitglied der Gesellschaft
Sozialwissenschaftlicher Infrastrukturan-
einrichtungen (Gesis) e.V.
Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten
ISSN 0935-218X

Taking Forward the EU Social Inclusion Process

EU-Konferenz der Luxemburgischen Präsidentschaft

Am 13. und 14. Juni fand in Luxemburg die Konferenz „Taking Forward the EU Social Inclusion Process“ statt, die unter der Luxemburgischen EU-Präsidentschaft ausgerichtet wurde. Die ca. 250 Konferenzteilnehmer repräsentierten Wissenschaft, Politik und die sogenannten NGO's aus allen gegenwärtigen 25 Mitgliedsländern der Gemeinschaft sowie darüber hinaus auch aus den derzeitigen Kandidatenländern.

Gegenstand der Konferenz war der soeben vorgelegte Report einer unabhängigen Expertengruppe „Taking Forward the EU Social Inclusion Process“, der hier erstmals vorgestellt und einer eingehenden Diskussion unterzogen wurde. Mit der Erarbeitung der Studie hatte die luxemburgische Regierung Tony Atkinson (Nuffield College, Oxford), Bea Cantillon (Universität Antwerpen), Eric Marlier (CEPS/INSTEAD, Luxemburg) und Brian Nolan (ESRI, Dublin) beauftragt. Das gleiche Autorenteam hatte bereits 2001 – unter der damaligen belgischen EU-Präsidentschaft – den Report „Social Indicators. The EU and Social Inclusion“ publiziert. Damals ging es darum, eine wissenschaftlich fundierte Grundlage für eine Auswahl von „social inclusion indicators“ zu schaffen, die vom „Social Protection Committee“ zusammengestellt und auf der Tagung des Europäischen Rats von Laeken verabschiedet wurde. Der jetzt vorgelegte aktuelle Report zielt dagegen darauf ab, die bisherigen Erfahrungen mit der Anwendung der offenen Methode der Koordinierung im Bereich der Sozialpolitik und insbesondere der Nutzung der damals festgelegten Indikatoren nicht nur einer kriti-

schen Betrachtung zu unterziehen, sondern auch konstruktive Vorschläge zu deren Weiterentwicklung vorzulegen. Der Report steht damit im Kontext der Maßnahmen zur Evaluierung der offenen Methode der Koordinierung durch die Europäische Kommission als Bestandteil des sogenannten „mid-term review“ der „Lissabon Strategie“.

Das Programm der zweitägigen Konferenz war eng an die zentralen Themen des Reports angelehnt. Nach der Eröffnung durch Marie-Josée Jacobs, der Luxemburgischen Ministerin für Familie und Integration, und Vladimir Spidla, dem EU-Kommissar für ‚Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit‘ führte Tony Atkinson in die inhaltliche Thematik der Konferenz ein. In der ersten von vier thematischen Sessions ging es zunächst um „Poverty and Social Exclusion in the European Union“ und die Erfahrungen und Lehren, die aus der empirischen Evidenz zu ziehen sind, die nunmehr mit den sogenannten Laeken-Indicators bereitgestellt wird. Gegenstand der zweiten Session zum Thema „Strengthening Policy Analysis“ war die Frage, auf welchen Wegen und mit welchen Methoden die Wirkungen unterschiedlicher Politiken in den verschiedenen Ländern auf die Ergebnisindikatoren bestimmt und für Politikempfehlungen genutzt werden können.

Im Mittelpunkt der dritten inhaltlichen Session stand die kritische Bewertung der „EU Indicators for Poverty and Social Exclusion“ auf der Grundlage bisheriger Erfahrungen und deren Ergänzung und Weiterentwicklung nicht zuletzt auch im Hinblick auf die erfolgte Vergrößerung und Diversifizierung der Union. Die vierte Session „Taking Forward the EU Social Inclusion Process“ befasste sich mit Fragen

des „streamlining“ und „target settings“ sowie der Restrukturierung der Nationalen Aktionspläne und der Möglichkeiten, den europäischen Social Inclusion Prozess besser in die nationalen Politikansätze einzubetten.

Den Abschluss der Konferenz bildeten ein von Frank Vandenbroucke (Stellvertreter der Ministerpräsident der Flämischen Regierung) moderiertes Panel „The Way Forward“ und ein Ausblick von John Plaskitt (Mitglied des britischen Parlaments und Parliamentary Under Secretary of State) auf die Pläne der britischen Präsidentschaft im Bereich der „Social Inclusion Policies“.

Die mehr als 40 Konferenzbeiträge werden in Kürze auf der Internetseite von CEPS/INSTEAD (http://www.ceps.lu/eu2005_lu/inclusion) zur Verfügung stehen. Nach einer Überarbeitung, die den während der Konferenz vorgebrachten Einlassungen und Anregungen Rechnung trägt, wird der Report neben einer geplanten Buchveröffentlichung ebenfalls auf der o.g. Internetseite von CEPS/INSTEAD sowie der website des Luxemburgischen Ministeriums für Familie und Integration (www.fm.etat.lu) zum download bereitgestellt werden.

■ Heinz-Herbert Noll, ZUMA

Tel.: 0621/1246-241
noll@zuma-mannheim.de